

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

44 (21.2.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 3 ohne Zustellung. Einzelheft 10 3. Samstags 15 3. — Anzeigen: die einspaltige Kleinzeile 20 3. am Samstag 25 3. Reflektoren 80 3. Annahmestunde 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle: Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie. sämtliche in Karlsruhe.

Demission des Kabinetts Marx

Ablehnung des Vertrauensantrages

BERLIN, 20. Febr. Bei der Abstimmung im Preussischen Landtag über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien wurden abgesehen 439 Stimmen. Mit 234 Stimmen 218, mit Nein 221. Damit ist der Vertrauensantrag abgelehnt. Ministerpräsident Marx erklärte darauf im Namen des Gesamtkabinetts die Demission des Kabinetts.

Berlin, 20. Febr. Die Zentrumsfraktion, die nach der Ausrufung zusammentrat, hat einstimmig beschlossen, die Abgeordneten v. Papen und Voenaich, die der heutigen Abstimmung demonstration fernblieben, aufzufordern, ihre Mandate niederzulegen. Sie hat weiter beschlossen, an der bisherigen Politik festzuhalten und die Kandidatur wieder aufzustellen. Marx hat sich auch bereit erklärt, eine auf ihn fallende Wahl wieder anzunehmen und wird für den Fall der Wiederwahl das gleiche Kabinett präsentieren. Die neue Ministerpräsidentenwahl wird voraussichtlich am 4. März stattfinden.

Der Billigungsantrag der Regierungsparteien ist also gefallen, aber daß damit bereits die endgültige Entscheidung über die Regierung Marx gefällt ist, dürfte u. E. ein großer Irrtum sein.

Die kommunistisch-volksparteilich-deutschnationale Opposition hat sich in den letzten Wochen schon einmal den Sturz einer Regierung geleistet und die Bildung eines neuen Kabinetts Braun verhindert. Als aber das Parlament zerfiel, hörte die Gemeinschaft dieser Opposition auf und im Verein mit der Sozialdemokratie mußten das Zentrum und die Demokraten eine neue Regierung auf die Beine stellen. Die Opposition kann also zwar Regierungen stützen und jede praktische Verwaltungsarbeit verhindern, aber sie ist nicht in der Lage, anstelle des gestürzten Kabinetts ein neues Ministerium zu setzen. So war es geschehen, so ist es heute, und damit ist für die Koalitionsparteien die Taktik für die nächsten Wochen von selbst gegeben. Die Koalition wird am 4. März einen neuen Ministerpräsidenten wählen, und dieser Ministerpräsident kann nicht anders heißen als Dr. Wilhelm Marx. Preußen soll der Reaktion nicht ausgeliefert werden, mag kommen was will.

Daß es den Koalitionsparteien ernst ist, der Opposition des kommunistisch-deutschnational-volksparteilichen Bündnisses unter allen Umständen Stand zu halten, geht aus der oben mitgeteilten Haltung des Zentrums so wohl wie aus der folgenden Entschließung der Demokraten hervor.

Erklärung der demokratischen Landtagsfraktion

Berlin, 21. Febr. (Eigener Funddienst.) Die demokratische preussische Landtagsfraktion, die unmittelbar nach dem Rücktritt des Kabinetts Marx zu einer Sitzung zusammengetreten war, wendet sich mit einer einstimmig gefassten Entschließung an die preussischen Wähler, um ihnen die „wahren Ursachen der neuen Krise vor Augen zu führen“. „Solange die große Koalition bestand“, heißt es in der Entschließung, „konnte das

Land Preußen in Ruhe und Ordnung verwaltet werden. Die Deutsche Volkspartei hat die große Koalition aus nichtigen Gründen zerfallen. Die Deutsche Volkspartei trägt in erster Linie die Verantwortung dafür, wenn es jetzt in Preußen an einer festen Regierung fehlt, die die immer dringender werdenden Aufgaben lösen könnte. Die deutsche demokratische Fraktion des preussischen Landtags ist fest entschlossen, mit aller Kraft an ihrer bisherigen Politik festzuhalten und aus nationalen Gründen den Übergang der preussischen Verwaltung an die Reaktion zu verhindern.“

Die „rote Fahne“ und die „Kreuzzeitung“ jubeln

Berlin, 21. Febr. (Eig. Funddienst.) Im Lager der kommunistisch-deutschnational-volksparteilichen Opposition des preussischen Landtags herrscht Jubel über die drei Stimmen Mehrheit, mit der sie das Kabinett Marx zum Rücktritt gezwungen haben. Die „rote Fahne“ schreibt: Marx mußte abtreten. Der Landtag muß ihn folgen. Auflösung und Neuwahl müssen erzwungen werden.

Das gleiche Horn läßt, und das ist sehr bezeichnend, die gelbeschwarze „Kreuzzeitung“, die die Meinung der äußersten Rechten vertritt. „Was nun? Es bleibt eigentlich nur die Auflösung des Landtags übrig. Einen Ausweg gibt es, mit einem Schläge aus dem parteipolitischen, demokratischen Stand herauszukommen. Bildung der Regierung aus den bürgerlichen Parteien, die auf christlich-nationalen Boden stehen, nämlich aus Zentrum, Deutscher und Deutschnationaler Volkspartei und Wirtschaftsbewegung.“

Demgegenüber betont der „Vorwärts“ noch einmal mit Recht: „Es heißt aller Logik und allem antizipierenden Empfinden Gewalt antun, wenn man meint, der Sinn des geistigen Vorganges sei der, das Zentrum zum Verzicht auf seinen Willen zu zwingen. Solange sich das Zentrum gegen diese Zumutung wehrt, wird es der Unterdrückung und der Zustimmung aller aufrichtigen demokratischen Kreise sicher sein.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet zwar Auflösung und Neuwahlen als die Förderung der nationalen Wählerenschaft. „Bedeutung ist dabei, daß die Deutsche Volkspartei nicht so „national“ denkt, wie es ihr antichristlich etwas ungemühtlich ist, ihr von reinen politischen Mächtern diktiertes Verhalten vor der Wählerchaft verteidigen zu müssen.“

Für die „Zeit“ heißt, wenn das Zentrum nicht zu Kreuze kriecht, nur eine Lösung als Zwischenlösung übrig: Die Bildung eines parteipolitisch neutralen Kabinetts. Vielleicht bemüht sich bei diesem Versuch noch einmal die persönliche Mächtigkeits- und Autorität des Herrn Marx, schmachtet das Organ Stresemanns. „Wer die Debatte im Landtag und die Erörterungen in der Oppositionspresse aufmerksam verfolgt hat“, schreibt heute morgen die „Germania“. „Am über die letzten Bewegungen der Rechten nicht im Zweifel sein. Es ist ihr eben ein unerträglicher Gehaß, daß Preußen von einem Kabinett regiert wird, in dem so viele „weltliche“ katholische Minister sitzen.“

Die Frage, was soll nun geschehen, beantwortet das Blatt wie folgt: „Die Koalitionsparteien brauchen sich der Niederlage nicht zu schämen. Ihr endlicher Sieg bei späterem und entschiedeneren Ausbrennen ist durchaus erreichbar. Und diesen Weg werden die Koalitionsparteien weitergehen, dann es gilt die staatspolitischen Ideale in einer schweren Zeit zu verteidigen, so wie es wohl. Es ist einfach eine unumgängliche Sache, daß sich die Zentrumsfraktion der Zentrumspolitik der Deutschen Volkspartei beugt. Und wenn die Opposition noch mehr solcher Siege wie gestern erringt, es wird ihr nicht gelingen, das Zentrum von seinem bisherigen Weg abzubringen.“

oder ob ihn Wolke auch später noch befehlt habe. Schließlich bestreitet Herr Dr. Stresemann, daß er Herrn Birwein ein Empfehlungsschreiben ausgestellt habe, zumal auch Herr Birwein versichert habe, Herrn Stresemann niemals um ein solches angegangen zu haben. Ein solches jedoch das andere keineswegs aus. Wenn die Tatsache feststeht, daß Kraßin im Besitz eines Empfehlungsschreibens ist, dann wird es auch Herr Stresemann nicht aus der Welt dementieren können.

Die deutsch-französischen Verhandlungen

Die Abreise der deutschen Delegation verschoben

Paris, 21. Febr. (Eigener Funddienst.) In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ist am Freitagabend eine neue überraschende Wendung eingetreten. Wenn der Gedanke einer vorübergehenden Unterbrechung noch nicht ganz aufgegeben worden ist, so haben sich doch im Laufe der den ganzen Freitag zwischen dem Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Renaudis fortgesetzten Aussprachen neue Verhandlungsmöglichkeiten ergeben, die die deutsche Delegation dazu bestimmen haben, ihre für Samstag geplante Abreise nach Berlin zu verschieben. Die nächste Vertretung zwischen den beiden Delegationschefs ist für nächsten Donnerstag anberaumt. In der Zwischenzeit sollen die Sachverständigen verhandeln, die denen von beiden Seiten sowohl für das Protokoll wie für den endgültigen Vertrag gemachten Vorschläge auf eine gemeinsame Formel zu bringen.

Kriegsgerichtsurteile

Genf, 20. Febr. Das Kriegsgericht verurteilte in contumaciam den Major von Sommerfeld zum Tode, den Soldaten Raffers, den Eisenbahnbeamten Karl Krauer, den Landjäger Fritz Schwede, den Hauptmann Band und den Berliner Richter Georg Gasser zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Fünf Gefallene

Die Barmat-Affäre und ihre Auswirkungen

Am Donnerstag hat der Untersuchungsausschuß des Reichstags nach kurzer Unterbrechung seine Arbeiten wieder aufgenommen, um Licht in das Dunkel der Barmat-Affäre zu bringen. Was er bisher an positiven Tatsachen zutage gefördert hat, ist nicht viel. Immerhin ist durch die Vernehmung des Freiherrn v. Malchahn festgestellt worden, daß trotz der schlechten Auskunft, die über Julius Barmat in Berlin eintrat, die kaiserliche Regierung keine Bedenken trug, „mit dem Betrüger ersten Grades“, der „auf alle schwarzen Listen gehört“, umfangreiche Lebensmittelschäfte abzuschließen und ihn auch als politischen Agenten zu verwenden. Ein besonders starkes Reinheitsgefühl scheint also bei der kaiserlichen Regierung nicht vorhanden gewesen zu sein, denn es steht fest, daß Barmat die finanziellen Grundlagen zu seinem Aufstieg aus den fetten Gewinnen gezogen hat, die ihm die Lebensmittelschäfte mit dem Kaiserreich einbrachten.

Während die Untersuchungsausschüsse des Reichstags und des preussischen Landesparlaments ihre Nachforschungen darüber, wie weit Parlamentarier an dem Kreditbetrug der Gebrüder Barmat und Kautister beteiligt sind, fortsetzen, scheint es notwendig, einmal in einem Rückblick festzustellen, was durch die Enthüllungen der Berliner Rechtspresse an Material über korruptive Erscheinungen in unserem parlamentarischen Leben eigentlich zutage gefördert worden ist. Gegenüber dem verlogenen Geschrei, das die Rechtspresse Tag für Tag anstimmt, muß klar und bestimmt hervorgehoben werden, daß bisher nur fünf den republikanischen Parteien angehörende Persönlichkeiten festgestellt werden konnten, die man für das politische Leben als gefallene betrachten muß. Von diesen fünf Gefallenen gehören drei dem Zentrum, zwei der Sozialdemokratie an. Nicht leugnen läßt sich, daß die Verfehlungen dieser fünf Politiker reichlich Wasser auf die Mühlen derjenigen geleitet haben, die es als ihre Lebensaufgabe ansehen, die Republik und das parlamentarische System in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Nichtsdestoweniger wird kein ehrlicher Republikaner jenen wollen, daß es besser gewesen wäre, wenn diese Dinge verborgen geblieben wären. Man sieht heute deutlich, daß das Schlimmste, was uns die Ruhrkriegs- und Ermächtigungsperiode gebracht hat, die Korruption ist. Und wer den Dingen tiefer auf den Grund schaut, erkennt, daß es die mit Beginn des Ruhrkriegs einsetzende faktische Umgestaltung der Kontrollrechte des Reichstags war, die die korruptiven Keime, die von der Kriegszeit her noch überall vorhanden waren, stellenweise zu unerwünschter Entwicklung brachten. Andererseits zeigt uns aber auch die rücksichtslose Energie, mit der das Zentrum und die Sozialdemokratie gegen Fleischer, Lange-Segermann, Höfle und Bauer vorgegangen ist, daß die republikanischen Parteien Korruption, Bettentriebelei, Verjüngung und Parteibruderschaftsverfälschung in ihren Reihen nicht dulden.

Betrachten wir uns die fünf Gefallenen näher, so finden wir einen früheren Reichstagsabgeordneten (Dr. Fleischer), der sein Mandat zum Geldverdienen ausnutzt, einen aktiven Reichstagsabgeordneten (Lange-Segermann), der am Kreditbetrug der Gebrüder Barmat beteiligt ist, einen aktiven Reichsminister (Höfle), der Betrugsgelder in der Höhe von 120 000 Mark erhalten haben soll, einen früheren Reichsanwalt (Bauer), der vor dem Untersuchungsausschuß wichtige Tatsachen verschweigt und damit seiner Partei, für die unbedingte Wahrhaftigkeit in öffentlichen Dingen das Lebenselement ist, untreu wird, schließlich einen jetzt in den Ruhestand versetzten Polizeipräsidenten (Nichter), der von Barmat in einer für sein Amt nicht einwandfreien Weise sich Geld geliehen hat.

Von dem früheren Zentrumsabgeordneten Fleischer ist zunächst zu sagen, daß er bei der Kandidatenaufstellung zur letzten Reichstagswahl schon nicht mehr das Vertrauen seiner Parteigenossen hatte. Es gelang ihm nicht, seine Wiedererhebung zu erzielen. Daß seine Partei, als sie ihn von der Kandidatenliste strich, ihm kein Unrecht getan hat, zeigen die Enthüllungen, wonach der frühere Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer als Aufsichtsrat der Depostiten- und Handelsbank bei dem Goldverkauf für das Reichspost- und Verkehrsministerium das bescheidene Stämmchen von 100 000 Goldmark als „Provision“ eingestekt hat. Auch sonst scheint sich Fleischer als ein recht tüchtiger Geschäftsmann erwiesen zu haben. Fest steht, daß er für die Depostiten- und Handelsbank beim Reichspostminister einen Kredit von 5 Millionen Goldmark durchzusetzen mußte, obwohl diese Bank damals schon so schwach stand, daß eine Aussicht auf rechtzeitige Zurückerstattung dieses Kredits nicht vorhanden war. Von dem geschäftigen Treiben Dr. Fleischers scheint das Zentrum rechtseitig Wind bekommen zu haben. Er wurde geszwungen, von einer Wiederwahl Abstand zu nehmen, nachdem seine Parteifreunde ihm klar gemacht hatten, daß die Republik wohl die „Moral in Aktion“, aber nicht die „Moral in Aktien“ sei.

Ebenso unerfreulich wie die Affäre Fleischer ist der Fall des Zentrumsabgeordneten Lange-Segermann. Von diesem hat die Öffentlichkeit erfahren, daß er in engeren geschäftlichen Beziehungen zum Barmat-Konzern stand. Aus einem Schreiben, das ein Vertrauensmann Barmats auf Lange-Segermanns Veranlassung an Barmat richtete, geht hervor, daß er genaue Kenntnis von den Kreditziehungen hatte, die der wahrscheinlich auf den Zusammenbruch der Rentenmark spekulierende Barmat-Konzern vornehmen wollte. Herr Lange-Segermann scheint auch derjenige gewesen zu sein, der die Bekanntschaft Barmats mit Herrn Höfle zustande brachte und dem die Reichs-

Der Kronzeuge Kreil festgenommen

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Augsburg meldet, ist Oberkreil, über dessen in Aussicht genommene Verwendung als Zeuge in dem Magdeburger Prozeß des Reichspräsidenten gegen Rothardt am Donnerstag von der Polizei in Augsburg festgenommen worden. Er soll in der Untersuchungssache gegen den västlichen Maitator Thurn, den Schreiber der in dem genannten Blatt veröffentlichten Briefen an Kreil, als Zeuge vernommen werden. Kreil trieb sich in Augsburg während der letzten Zeit herum. Wie das Blatt weiter meldet, ist gegen ihn richterlicher Haftbefehl erlassen worden.

Stresemann und Spritweber

Berlin, 21. Febr. (Eigener Funddienst.) Herr Dr. Stresemann wendet sich in einer Erklärung gegen die Enthüllungen, die Genosse Heilmann im preussischen Landtag am Freitag gemacht hat. Die reichlich tendenziöse Erklärung, die widerlegen soll, bezieht sich in wesentlichen die Tatsachen, über denen Genosse Heilmann den Scheitler gelüftet hat. Stresemann muß seine Beziehungen zu Spritweber zugeben und bestätigen, daß die Deutsche Volkspartei von ihm Beiträge und Stimmungen erhalten hat. Daß dem Führer der Deutschen Volkspartei diese Anwendungen des Stettiner Fabrikanten nicht mehr erinnerlich sind, ist ihm nicht zu verdenken angesichts der Zeit, nach der Partei Nierensteinen von der Schwerindustrie und dem sonstigen Unternehmertum zur Verfügung zugesichert wurden. Dr. Stresemann muß ferner die Angaben Heilmanns bestätigen, daß er dem Direktor der dunklen Depostiten- und Handelsbank, Wolke, des öfteren empfangen habe. Er will sich heute nicht mehr daran erinnern, ob Wolke nur in Begleitung Dr. Fleischer und Dr. Höfles bei ihm gewesen war zur Beratung des Goldkaufs für die Reichspost,

vorüberwiegend heute einen Schaden von mehreren Millionen zu verdanken hat. Wie bei der Affäre Fleischer, ist das Zentrum auch im Falle Lange-Hegermann energisch gegen den Beschuldigten vorgegangen.

Noch schwerer als die Affären Dr. Fleischer und Lange-Hegermann trifft das Zentrum der Fall Höhle. Zunächst schien es, als ob Höhle lebhaft ein Opfer der Fleischer und Lange-Hegermann geworden sei. Jetzt weiß man, daß der vor drei Wochen seines Amtes enthobene Reichspostminister sich schwere Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen.

Wie das Zentrum, so ist auch die Sozialdemokratie von den Finanzskandalen, in deren Mitte — was angesichts der Verdunkelungsmandate der Reichspresse niemals verlesen und immer hervorgerufen werden sollte — hohe Beamte des alten Regimes stehen, leider nicht unberührt geblieben.

sehen, daß er mit den Barmats in engen geschäftlichen Beziehungen stand, was von ihm vor dem Untersuchungsausschuß verschwiegen, ja sogar abgeleugnet worden ist.

Über den Fall Richter sind die Akten noch nicht geschlossen. Seine Verfehlungen sind solcher Natur, daß sie ihn ungeeignet für jedes Staatsamt erscheinen lassen.

Die Erledigung des Falles Bauer zeigt, daß die Sozialdemokratie überall, wo sich in ihren Reihen Korruptionsercheinungen zeigen, gemißt ist, schonungslos dagegen einschreiten.

Rheinschiffahrt, Rheinhäfen und Tarifpolitik der Reichsbahn

In der fast neunstündigen Plenar Sitzung des Reichstags vom letzten Mittwoch, in der der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums zur Beratung stand, brachte unser Mannheimer Abgeordneter Oskar Ged äußerst wirkungsvoll eine Frage zur Sprache, die für die wirtschaftliche Zukunft gerade der Hafenanlagen am Oberrhein mehr oder weniger zur entscheidenden Frage geworden ist.

Abg. Ged. Mannheim: Ich möchte zunächst die Frage an den Herrn Reichsverkehrsminister richten, die die

Elektrifizierung des Eisenbahnbetriebs betrifft, die Frage, die vorhin der Herr Kollege Wieland (Mün) bereits gestreift und bei der er sich allerdings auf die Frage nach dem Stand der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn beschränkt hat. Es ist dem Herrn Reichsverkehrsminister gewiß bekannt, daß die großen, gewaltigen Wasserkräfte des Oberrheins, die in der letzten Zeit zum Teil ausgebaut worden sind, die Grundlage bilden für die Inangriffnahme der Elektrifizierung zunächst vielerorts einmal auf der großen internationalen Eisenbahnstrecke Basel—Frankfurt. Sowie ich weiß, sind in dieser Richtung bereits auch bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe die nötigen Vorarbeiten im Gange.

Den deutschen Binnenhäfen an die Generaldirektion der Reichsbahn gerichtet worden ist und auch heute in diesem Hause wiederholt wurde.

Die Stafttarife der Reichsbahn befallen bekanntlich die kürzeren Strecken zum Nachteil der längeren. So wird beispielsweise nach dem Ausnahmestarif 6, 11 dem Ausnahmestarif für Kohle, Braunkohle, Koks usw., der Tonnenkilometer bis zu 350 Kilometer für 8,8 Pfennig gefahren, von 501 bis 600 für 9,4 Pfennig und über 600 Kilometer für 0,2

Pfennig, d. h. also die letzten Kilometer etwa zum sechzehnten Teile dessen, was die ersten 350 Kilometer kosten. Die deutsche Binnen- und Seeschiffahrt und die deutschen Binnenhäfen sind nun nicht etwa grundsätzliche Gegner dieser Verbilligung der von den Eingehüllten und den großen Rohstoffbetrieben, insbesondere von Kohle, Braunkohle und Eisen usw., weit entfernt liegenden Gütern des Deutschen Reiches.

Schutz gegen die gefährlichen und nicht gewollten Auswirkungen, die aus diesen Seebahntarifen und aus den Stafttarifen für die Eisenbahnen resultieren, sind die Zulassung von den Wasserstraßen auf der Eisenbahn und die Eisenbahn-Ablaufstrecken nach dem Wassertransport — die für den größten Teil der Schiffahrtsgüter nötig sind, weil ja bekanntlich auf den großen Wasserstraßen die reinen Wassertransporte die Ausnahme bilden — in die teuresten Tarifstufen (Tariffußstufe I) fallen, weil sie fast durchweg relativ kurze Strecken sind. Dazu kommt, daß diese sogenannten gebrochenen Transporte — d. h. Transporte, die zuerst auf der Bahn, dann auf dem Schiff und zuletzt wieder auf der Bahn erfolgen — doppelte Umladungs-Gebühren zu bezahlen haben.

Die zweite große Gefahr für unsere Binnen- und Seeschiffahrt sind die **Ausnahmestafeln für die Seehäfen,** die die Transporte von und zu den Seehäfen unter den Stafttarifen der Reichsbahn bringen. Zu diesen Ausnahmestafeln für Hamburg und Bremen sind auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Diktats von Versailles bekanntlich im vorigen Jahre beziehungsweise vom 1. Januar dieses Jahres ab auch Ausnahmestafeln für Antwerpen, Amsterdam und Rotterdam. Diese letzteren nun gerade sind es, die besonders für die Rhein- und Elbeschiffahrt und für die ganzen Anlagen dieser Rhein- und Elbeschiffahrt, für das darin beschäftigte Personal und die ganze Wirtschaft der betroffenen Städte bis hinauf nach Keil sich von katastrophaler Wirkung erweisen haben.

Die Stafttarife für die Seehäfen, die die Transporte von und zu den Seehäfen unter den Stafttarifen der Reichsbahn bringen, sind auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Diktats von Versailles bekanntlich im vorigen Jahre beziehungsweise vom 1. Januar dieses Jahres ab auch Ausnahmestafeln für Antwerpen, Amsterdam und Rotterdam. Diese letzteren nun gerade sind es, die besonders für die Rhein- und Elbeschiffahrt und für die ganzen Anlagen dieser Rhein- und Elbeschiffahrt, für das darin beschäftigte Personal und die ganze Wirtschaft der betroffenen Städte bis hinauf nach Keil sich von katastrophaler Wirkung erweisen haben.

bergischen und heftigen Easinen am mittleren Neckar, die bisher ausnahmslos zu Wasser über den Neckar, über Mannheim und den Rhein zu den Seehäfen gefahren worden sind, da es sich dabei um sehr große Quantitäten handelt, jetzt fast reiflos auf den direkten Bahntransport übergegangen sind.

Die Seebahntarife führen für die Binnenschiffahrtspäße zu ganz besonderen **tariflichen Ungeheuerlichkeiten** und Absonderlichkeiten. Ich will Ihnen hierfür nur ein einziges Beispiel anführen. Nach dem Ausnahmestarif 47 kostet der Doppelsentner Reis auf der Strecke Hamburg bis Basel 2,63 M. auf der Strecke Mannheim—Basel — also von dem Plaze aus, bis zu welchem dieser überseeische Wassertransport in früheren Zeiten, vor dem Kriege, auf dem Wasser gegangen sind, um dort auf die Eisenbahn umgeschlagen zu werden — 2,60 M., also nur 13 Pfennig weniger, obwohl die eine Entfernung 853 Kilometer, die andere nur 250 Kilometer beträgt. (Hört, hört!) Vom Hamburg nach Passau über 814 Kilometer, kostet dieselbe Fracht 2,59 M. von Mannheim nach Passau — auch früher ging dieser Transport bis Mannheim zu Wasser, dann mit der Eisenbahn nach Passau —, über 486 Kilometer, kostet derselbe Transport nicht weniger als 4 M. also 1,40 M. mehr, obwohl die Entfernung ungefähr 330 Kilometer geringer ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). Das sind Ziffern, aus denen die absolute

die früher diese Transporte besorgt haben, gegenüber den Seehäfen hervorgeht. Solange eben die Seebahnausnahmestafeln bestehen. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn heute z. B. die zahlreichen Papierfabriken, die südlich des Rheins liegen und die bisher ihre ganze Produktion für das Ausland von Keil, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt a. M., Alghafen usw. auf dem Rhein beim Main und Rhein nach Rotterdam verfrachtet haben, jetzt dann übergegangen sind, diese ganzen Wassertransporte, die jede Woche regelmäßig in großem Umfang erfolgen, auf den direkten Bahnweg zu verziehen.

Die Wirkungen der Ausnahmestafeln für die einzelnen Güterarten, die der Binnenschiffahrt gewisse Erleichterungen bringen sollten, sind durchaus nicht so groß, daß sie als Ausgleich für den Schaden angesehen werden könnten, den die Stafttarife und die Seebahntarife der Binnenschiffahrt bis heute schon zugefügt haben. Eine wirkliche und durcheinander Abhilfe dieser von Woche zu Woche empfindlicher werdenden Schäden für die Binnenschiffahrt können nur die sogenannten

Binnenumschlag-Tarife bringen. Diese Binnenumschlag-Tarife sind ja nun nicht etwas Neues für Deutschland, und was ich hier vorschlage, ist durchaus keine Erfindung von mir oder einem derartigen, die hinter meinen Vorschlägen stehen, sondern wir haben diese Binnenumschlagtarife ja schon vor dem Kriege gehabt, und vor dem Kriege hat sich sowohl die Eisenbahn wie auch die Binnenschiffahrt bei diesen Tarifen gefund und wohl gefühlt. Die beteiligten Binnenschiffahrtstreife haben ihre Wünsche auf eine

schleunige Wiederherstellung dieser Tarife im Westen Deutschlands für das Rheingebiet der Reichsbahndirektion Köln vorgetragen, jener Direktion, die, soweit ich weiß, den Vorstoß in den Ausschuß für die Behandlung dieser Tarife führt. Nützlich hat ja auch im Haushaltsausschuß des Reichstags der Herr Reichsverkehrsminister selbst in aller Form betont, wenn ich recht geübt habe, daß er die Einführung dieser Tarife durchgängig im Interesse der Reichsbahn sei der Meinung gewesen, er halte die Einführung dieser Tarife für durchaus bringlich und unumgänglich und würde sich bei der Reichsbahn-Generaldirektion dafür einsetzen, daß ihre Einführung möglichst bald in die Wege geleitet wird.

Allerdings ist mir nun gestern eine Mitteilung über die **Ausarbeitung für die Rhein- und Elbeschiffahrt** zugegangen, die am 12. Februar dieses Jahres — also vor ganz wenigen Tagen — im „Post zu Gutenberg“ in Mainz statgefunden hat und die von einer Reihe von rheinischen Handelskammern und sonstigen Interessenten vom Oberrhein, Mittelrhein, auch von der rheinischen Großindustrie beauftragt war und auf der auch ein Vertreter der Reichsbahn in der Person des Herrn Reichsbahndirektionspräsidenten Wolke in Mainz anwesend war, der dort allerdings die merkwürdige Versicherung getan hat, seine Verwaltung könnte zwar den wirtschaftlichen Gründen für die geforderten Binnenumschlag-Tarife volle Beachtung, aus finanziellen Erwägungen aber könnten allgemeine Detarifierungsmaßnahmen kaum in Aussicht genommen werden. Ich weiß nun nicht, was in diesen beiden Dingen die Zukunft der tarifpolitischen Fragen repräsentiert, ob der Herr Reichsverkehrsminister oder der Vertreter der Reichsbahn in der Direktion Mainz, jedenfalls aber wäre es für uns angenehm, wenn wir an den Rhein und insbesondere an den Oberrhein die Hoffnung miteilen könnten, daß man in der Zentrale der Reichsbahn diese etwas kümmerliche Einstellung nicht teilt, sondern daß man dort

für die große, allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Binnenwasserstraßen und für ihre Aufgaben im nationalen Verkehr

etwas mehr Verständnis hat. Vor allem aber hoffen wir, daß der Herr Reichsverkehrsminister den Einfluß, den er noch auf die Reichsbahndirektion ausüben vermag, aufwenden, um in die Richtung der deutschen Wirtschaft, insbesondere der deutschen Wirtschaft im Westen, am Rhein, einen Dienst zu erweisen, auf den sie nach meiner Auffassung einen unbedingten Anspruch hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die Binnenschiffahrt muß gerade unter Beachtung der gegenwärtigen inneren und äußeren Wirtschaftslage des Reichs und angesichts der belagerten Reichsverhältnisse der Reichsbahn im Interesse unserer Volkswirtschaft unter allen Umständen gesund und leistungsfähig erhalten werden. Und was speziell den Rhein betrifft, während er und seine Anwohner, die sich während des Krieges, während der Belagerung und insbesondere während des Ruhrkampfes so tapfer und treu vor das Reich gestellt haben, nach meinem Dafürhalten mit vollem Recht verlangen, daß nun dieses Reich sich auch ebenso tapfer hinter sie stellt. (Beifall bei den Sozialdem.)

So weit der Bericht über die Rede des Abg. Ged. Der Herr Reichsverkehrsminister Dr. Krohne, der dann das Wort zu seiner Antwort auf die in der Aussprache vorgetragenen Wünsche und Anregungen erteilte, stellte zunächst fest, daß die Darstellung, die der Abg. Ged. vom Stande der Elektrifizierungsarbeiten für die Strecke Basel—Frankfurt gab, den Tatsachen entsprach. Die Pläne dafür lagen bereits fertig vor und die Verhandlungen gingen jetzt zwischen der Reichsbahn und den beteiligten Ländern über die Lieferung von Strom. Bezüglich der Binnenumschlag-Tarife vermahnte der Herr Minister auf seine kürzlichen Erklärungen im Haushaltsausschuß des Reichstags, die dem Abg. Ged. in seiner Rede gleichfalls sinngemäß richtig wiedergegeben worden seien.

Es ist darnach zu hoffen, daß in beiden Relationen, der der Elektrifizierung der badischen Hauptlinien wie der der Binnenumschlag-Tarife, den Wünschen und Interessen des badischen Landes in Würde entsprochen werden wird.

Der badische Landtag gegen die Reichseisenbahngesellschaft

Die Anklage der Sozialdemokratie — Das Urteil der Regierung — Der Landtag einmütig gegen das Prämien- und Abbausystem der Reichseisenbahngesellschaft — Verschiedene Bahnwünsche — Am Nachmittag 3 Sitzungen — Vertagung wegen Beschlussunfähigkeit des Hauses

18. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 20. Febr.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen ausschließlich Eisenbahngeschäften, zunächst die Fragen allgemeiner Art, Entlassungen und Prämienystem, und dann die Fragen mehr lokaler Art, Ausbau bestehender Strecken und Anlage neuer Linien.

Als erster Punkt kommt zum Ausdruck die förmliche Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion betr.:

Die Massenentlassungen und Prämienausföhrung durch die Deutsche Reichsbahngesellschaft

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion stellt zunächst die Massenentlassungen und Abbausystem der Reichsbahngesellschaft in Frage, die mit der finanzielle Lage der Reichsbahngesellschaft begründet wurde, und stellt dem die im selben Zeitpunkt ausgeführten Millionenbeträge an Dienstprämien gegenüber. Die förmliche Anfrage will deshalb von der Regierung wissen:

1. Sind der bad. Regierung, besonders mit Hinweis auf die Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig über die badische Besoldungsregelung, diese Massenentlassungen, Arbeiterentlassungen und Prämienystem, bekannt und was gedenkt die bad. Regierung in Würdigung des Staatsvertrags zu tun?
2. Ist der bad. Regierung bekannt, daß die Reichsbahngesellschaft ihren Arbeitern den in § 84 Ziffer 4 des Betriebsvertrages gegen Entlassungen gegebenen Schad vorzuzahlen?
3. Ist die bad. Regierung bereit, dahin zu wirken, daß den Reichsbahnarbeitern die arbeiterrechtlichen Schutzbestimmungen uneingeschränkt gewährleistet werden?

Die förmliche Anfrage wird begründet von:

Abg. Wirth (Soz.):

Durch die Reiben der deutschen Eisenbahnen geht zur Zeit eine schwere Sorge. Den Eisenbahnen wurde von allen Seiten Dank und Anerkennung gezollt für ihre Arbeit, die sie während des Krieges geleistet haben. Immer und stets haben sie voll ihre Pflicht getan. Das deutsche Volk war genötigt, unterstanden, daß die Reichsbahn in den Mittelpunkt der Reparationspläne gestellt wurde, aber es ist sicher nicht damit einverstanden, was aus der Deutschen Reichsbahn durch die Reichsbahngesellschaft gemacht wurde. Die deutschen Eisenbahnarbeiter wehren sich dagegen, daß die Arbeiter und Beamten einzeln und allein als Reparationsverpflichteter gelten sollen. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft stellt die größte Erwerbs- und Industriegefahr für die Welt dar. Der Direktor der Reichsbahngesellschaft hat letztes Jahr betont, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft die Rechte der Arbeiter und Beamten einzeln und allein als Reparationsverpflichteter gelten sollen. Im Januar ds. Jrs. wurde er aber von seinen früheren Erklärungen ab, da wachte die von der Steigerung der Preise für die Materialien zu befürgten, er stelle auch den Sach auf, daß auch die Personalstellen um 100 Prozent gegenüber dem Frieden gestiegen seien. Herr Wirth sei auch an dieser Stelle aufgebracht worden, bezugnehmend auf die Reichsbahnverwaltung zu dieser angeblichen Steigerung der Löhne und Gehälter um 100 Prozent kommt. Das Sachverständigenurteil von London enthält ganz andere Angaben. Es stellte fest, daß die Zahl des Personals noch nahezu 1 Million betrage, daß die Bezahlung aber auch eine sehr schlechte sein müsse. Nach den Ausführungen des Sachverständigen können die Gehälter von Herrn Wirth nicht stimmen. Prozentual beträgt nach Feststellung des Sachverständigenurteils der Lohn gegenüber dem Friedensstand 93 Prozent. Über alle Maßnahmen der Reichsbahngesellschaft, Entlassungen, Schließung von Werksstätten usw. äußern auf der Beantwortung, die persönlichen Ausgaben seien gegenüber dem Frieden gestiegen. Der Abbau ist erfolgt, zunächst etappenweise, um dann eine Höhe zu erreichen, die unerschöpflich ist. Es spricht jedem menschlichen Gefühl Hohn, daß gerade vor den Weisheitslehren der Reichsbahn Tausenden Arbeiter ihre Entlassung auf den Weisheitslehren legte. Es wurden in

Baden 1800 Arbeiter des Betriebs und 500 Arbeiter aus den Werksstätten entlassen.

Der größte Teil der feinerzeit in das Betriebsverhältnis zurückverführten Arbeiter ist inaktiv entlassen worden. Wie ist solches System möglich? Weil Beamte und Arbeiter unter ein

Ausnahmestellung

gestellt wurden. Die Beamten der Reichsbahngesellschaft sind auf 40 Jahre der Abbaumaßnahme angesetzt. Als Dank für ihr Verdienst im Kriege, für ihre Pflichtenüberfüllung hat man die Beamten unter ein Ausnahmestellung gestellt. Ebenso hat man auch im Reichsbahngesetz Schutzbestimmungen für die Arbeiter aufgegeben. Im Mittelpunkt dieser Ausnahmestellung stehen die Aufhebungen des Paragraphen des Betriebsvertrages, die den Arbeitern einen Anspruch ihrer Entlassung ermöglichen; sie können gegen die unbillige Entlassung nicht Einspruch erheben. Auch die Bestimmung betr. Gewährung von Bezugslohn wurde nicht übernommen. Auf Protest der Gewerkschaften und der Parlamente wurde in letzterem Punkte einige Besserung gewährt. Es ist eine unbillige Härte, wenn man mit Beamten Leute abfindet, die 25 Jahre und noch länger der Verwaltung gedient, und dann mit 8 Tagen Lohnzahlung abgefunden werden. Es ist ein betrübliches Zeugnis für eine Verwaltung, wenn sie einem Mann, der 52 Jahre alt ist, jahrelange seine Pflicht getan, erklärt, sie sehe ja die Not ein, aber die gesetzlichen Bestimmungen verbieten, etwas zu tun.

Die Arbeiter wollen keine Almosen, keine Wohltaten. Das Reich, die Länder, die Reichsbahn haben die sittliche Pflicht, den Leuten ihr Recht zu gewähren.

Im Bereich der Reichsbahndirektion in Karlsruhe wurden entlassen 1620 Beamte, 59 Angestellte und 8800 Arbeiter, und am heutigen Tage erhalten weitere 750 Arbeiter ihren

Kündigungsbrief in die Hand gedrückt. In Baden sind 400 verbeiratete Arbeiter, und 400 Arbeiter, die über 25 Jahre im Dienste der Reichsbahn stehen. Der Abbau in Baden beträgt bei den Beamten 25 Prozent und bei den Arbeitern 82 Prozent, also das Vierfache des Abbaus wie Bayern, was Fläche von Preußen, ohne die heutigen Entlassungen. Einzelne Dienststellen wurden bis zu 60 Prozent abgebaut. In Pommern; Ostpreußen 50 Prozent. Entschieden werden diese Maßnahmen.

Die Reichsbahn begründet alle diese Maßnahmen mit wirtschaftlichen Gründen und damit, daß zu viel Personal vorhanden sei. Warum, wenn das wahr wäre, werden denn Arbeiter und Beamten entlassen? Im Januar wurden bei der Betriebswerkstätte

und Ausbesserungswert über 2000 Ueberstunden geleistet. Man hat behauptet, die Regiebetriebe arbeiten unwirtschaftlich. Baden hat zurzeit 1050 Lokomotiven in Betrieb, 78 stehen in Reparatur. Es sind Maschinen von Baden nach preussischen Werkstätten und nach privaten Werkstätten gegangen. Krupp hat 7 Maschinen erhalten, die Karlsruhe Maschinenbau-Gesellschaft 25, letztere soll noch 90 Maschinen zur Reparatur oder Umbau erhalten. Sind die Reichsbahnwerkstätten nicht in der Lage, diese Arbeiten in eigenem Betrieb zu machen? In

Offenburg

hat man eine Werkstätte vollkommen geschlossen, wobei 132 Arbeiter arbeitslos wurden. Diese Maßnahmen haben um so empörender gewirkt, als gerade diesen Arbeitern während der Zeit der Besetzung die größten Verdienste gemacht wurden. Der damalige Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Geheimrat Schütz, hat mit seinem Wort sich verpflichtet, die Verteilung zu halten.

Kann aber ein Betrieb rentabel gehalten werden, wenn eine Gesellschaft mit einem Verwaltungsaufschlag von 280—300 Prozent rechnet, wie es bei der Direktion in Karlsruhe der Fall ist. Da kann allerdings ein Betrieb nicht wirtschaftlich gehalten werden. Der Redner führt eine Reihe von Beispielen an, an denen profitorientiert festgelegt wurde, wie Reparaturen aus privaten Werkstätten in geradezu handhabbarer Weise durchgeführt werden können. Die Reichsbahngesellschaft übertrug Arbeiten an Betriebe zu denselben Bedingungen wie sie bisher bei ihr selbst hergestellt wurden. Während aber 1. B. für eine Arbeit im Regiebetrieb 1,4 bis 1,5 M. bezahlt wurden, zahlte die Gesellschaft heute 12—13 M. für dieselbe Arbeit.

Diesen harten Maßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft steht das Prämienystem und die Gehälter der oberen Beamten. Die Reichsbahndirektion hat die bisher veröffentlichten Zahlen als unwarhaft bezeichnet. Inzwischen sind aber Zahlen genannt worden, die weit über das hinausgehen, was die Interpellation angibt. Es scheint aber, daß auf Grund der Proteste die Zentralverwaltung in Baden die weitere Ausführung der Prämien sistiert wurde, dafür aber hat man die Grundgehälter der oberen Beamten gemäß erhöht. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn in Berlin hat im Gegensatz zu den Forderungen der Entlassungen, der Schließung der Werksstätten, den Sparerlösen der Arbeiter Mittel übrig für die oberen Beamten, die diesen ein fürstliches und luxuriöses Auskommen gewährleistet. Es ist dies Verhalten ein

entsetzliches moralisches und soziales Unrecht

Während man aber der Beamenschaft die Prämien gibt, hat die Reichsbahn es verstanden, den Beamten auch bisher gewährte Vergünstigungen zu entziehen; z. B. hat sie die Mietzinsen ihrer Häuser erhöht, sie verlangt Mieten, die bis das Doppelte über die sonst üblichen Mieten hinausgehen. Die Regierung möge Alles tun, um die neuen entsetzlichen Maßnahmen zu verhindern, damit vielleicht doch die jetzt ausgeprochenen Entlassungen zurückgenommen werden. Es ist weiter dafür zu sorgen, daß in den Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft nicht lediglich Vertreter der Groß- und Schwerindustrie gewählt werden, die nur ihren eigenen Profit suchen, sondern Leute mit sozialem Bewußtsein. Die Arbeiterschaft der Reichsbahn aber möge erkennen, daß sie nur noch das gleiche Glied im großen Wirtschaftskreislauf ist, wie es die Arbeiterschaft der privaten Wirtschaft auch ist. In einem Zusammenhang zu einem eiserernen Woll hat die Möglichkeit, ihre Interessen zu wahren. (Rechtliches Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Die zweite förmliche Anfrage bezieht sich auf die Besetzung der obersten Stellen. Diese Anfrage des Zentrums bezieht sich in erster Linie auf die Entlassungen bei der Wagenwerkstätte des Eisenbahnausbesserungswerks Offenburg, wo am 31. Dez. 140 Arbeiter, die zum Teil seit vielen Jahren dort beschäftigt waren, ohne zureichendes Material plötzlich entlassen wurden. Der Redner weist auf den großen Unterschied hin, der zwischen dem Abbau der Beamten und der Arbeiter besteht. Erwähnenswert ist, daß es sich bei den Entlassungen der Arbeiter nicht nur um ledige und junge Arbeiter handelt, sondern um eine sehr große Zahl älterer und verheirateter. Der Redner trägt auch, ob denn der Direktor Oeffler, der etwas über 100 000 M. Gehalt bezieht und 67 Jahre alt ist, nicht auch abbaufähig ist. Die Arbeiter der Entlassung der Arbeiter trägt die Allgemeinheit, die Gemeinde, der Staat. Die Reichsbahn entläßt sich zu ungunsten der Gemeinden und Länder. Es ist demgegenüber eine ungebührliche Ungerechtigkeit, wenn im gleichen Augenblick den oberen Beamten höhere Gehälter und Prämien gegeben werden.

Das ist der Anfang der Korruption. Angesichts der Entlassungen ist zu fragen, ob die Sicherheit bei der Eisenbahn noch da ist, daß auch nach dieser Seite hin der Abbau zu beschleunigen ist. Sind noch nicht genug Stellen bei den Werksstätten erledigt? Wir müssen verlangen, daß wenn auch dann die Reibte der Eisenbahn nicht so rasch wird, daß die Sicherheit der Eisenbahnbetriebs nicht gefährdet wird durch übermäßige Entlassungen.

In Baden müssen jetzt Wagen zur Reparatur nach außerhalb gehen; die entlassenen Arbeiter können sehr wohl beschäftigt werden. Baden verlangt die gleiche Berücksichtigung, wie sie andern Ländern zuteil wird. Wir verlangen demselben Einspruch in der Reichsbahnverwaltung wie im Bayern hat. Der Redner begründet schließlich noch einen Antrag seiner Fraktion, der folgenden Wortlaut hat:

Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsbahnverwaltung dahin zu wirken, daß

1. die Arbeiterentlassungen bei den bad. Eisenbahnwerkstätten einzustellen werden,
2. den infolge des Abbaues arbeitslos gewordenen erwerbsfähigen Arbeitern, die die Anwartschaft auf Rente in der Abteilung B der Eisenbahnenstellen erhalten haben, in sinngebender Anwendung der für die Gewährung eines Ruhegeldes geltenden Bestimmungen auch schon vor Erreichung des 65. Lebensjahres diese Rente gewährt wird,
3. alle in Baden anfallenden Reparaturen von vollständigem Eisenbahnmateriale in badischen Eisenbahnwerkstätten vorgenommen werden,
4. bei Erneuerung von Arbeiten die badische Industrie und das badische Handwerk in erster Linie berücksichtigt werden.

Die Antwort auf die beiden Anfragen erteilt

Finanzminister Dr. Köhler.

Die badische Regierung hat keine rechtliche Handhabe, um auf die Reichsbahngesellschaft zwecks anderer Regelung der Prämienausföhrung einzuwirken. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt mit, daß es sich bei der Ausföhrung der Zulagen nur um höhere Leistungen zu erzielen. Die Zulagen in den höheren Gruppen seien nur in verschwindend geringen Fällen gewährt worden. Des weiteren teilt der Redner die neuen

Gehälter und Sonderzulagen an die höheren Beamten mit, die ja bereits veröffentlicht sind. Dieses System der Numerationen, Sonderzulagen, Dienstzulagen usw., wonach ein Direktor bis zu 24 000 M. mehr erhalten kann, als die Besoldungsordnung ihm gewährt, ist allgemein, die größte Ursache in die Reihen des Berufsbeamtenums zu fragen. Es ist für die Beamten dieses System einseitig nicht erträglich, daß auf solchem Wege das Reichsbahngesetz durchföhrbar wird. Reparatur hat man nicht gestattet, seinen Beamten 7 1/2 Prozent mehr zu gewähren. Man möchte fast zu der Ueberzeugung kommen, es seien von den Beamten der Reichsbahn die Höchstleistungen bisher nicht erfüllt worden, wenn sie jetzt durch Gewährung von Sonderzulagen zu den Höchstleistungen anereczt werden sollen. Die badische Regierung wird dafür eintreten, daß den Arbeitern die arbeiterrechtlichen Schutzbestimmungen gewährt werden. Ob aber ein Erfolg zu erwarten ist, ist ungewiß. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe erblickt eine wirtschaftliche Leistung des Betriebs darin, daß sie die Ausbesserungsarbeiten von Offenburg nach Schwellingen verlegt. Die Auskunft der Hauptverwaltung in Berlin auf Verhinderung Badens lautet, daß Baden bei dem Abbau besser weggekommen sei als andere Länder. Die Antwort von Berlin enthält keinerlei Hinweis, daß weitere Entlassungen vorzuziehen sind. Das Finanzministerium hält es für ausgeschlossen, daß bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage für die abgebauten Arbeiter Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden kann. Auf Verhinderung Badens wurde die Zahl der Entlassungen um 500 Köpfe herabgesetzt. Die Regierung wird ihre Bemühungen fortsetzen, aber sie ist immer nur auf das Entgegenkommen der Reichsbahngesellschaft angewiesen. Baden hat nichts unverloren gelassen, um im Verwaltungsrat eine Vertretung zu erlangen. Bei dem Ausscheiden eines Mitglieds hat die badische Regierung versucht, den offenen Sitz zu bekommen; aber es entscheidet hier nicht die Reichsregierung, sondern die ausländische Kommission. Wir haben ein Interesse daran, daß die badischen Belange im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft gewahrt werden.

In der Besprechung der Anfragen befragt

Abg. Hörter (Soz.)

die Ausführungen des Ministers. Die Bevölkerung verlangt, daß alles ausgeboten wird, um die Sicherheit des Betriebes zu gewährleisten. Diese Sicherheit darf unter keinen Umständen gefährdet werden. Durch Verlegung der Arbeiten an private Betriebe. Es muß erwogen werden, ob nicht die Arbeitszeit wieder auf 8 Stunden herabgesetzt werden soll. Das Eisenbahnpersonal verlangt, die Wiedereinföhrung des Achtstundentags. Das Prämienystem wird von den Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten kritisiert, weil man weiß, daß dadurch die Korruption gefördert wird. Mit der Notwendigkeit des Sparens vertritt sich die Ausföhrung von 60 Millionen Prämien nicht. Mit den 4 Millionen Prämien können heute 3000 Arbeiter beschäftigt werden. Dieses System muß Empörung bei den Eisenbahnarbeitern auslösen, die sich schämen auswirken zu können. Wir haben deshalb das Recht, gegen dieses System zu protestieren. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bräuner (D. Vp.) behauptet, daß die Reichsbahn, trotzdem die Werkstätten in Baden, besonders in Schwellingen, als sehr leistungsfähig bezeichnet werden, dennoch Arbeiten nach außerhalb verabreitet. Der Redner kritisiert, daß bei Mantstadt 4 Doppelwohnhäuser unangeführt seit einem Jahre errichtet sind, weil angeblich kein Geld vorhanden sei. 16 Familien hätten hier Wohnung finden können. Die Regierung möge sich dafür einsetzen, daß diese Häuser ausgeföhrt werden. — Abg. Ritter (Komm.) stellt fest, daß dieser Abbau ausgeföhrt werde auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, dem die Sozialdemokratie zugestimmt habe. Die heutigen Töne seien deshalb „Demagogie“. Mit „ritterlicher“ Logik „stellt“ Ritter „fest“, daß an dem Abbau das — Sachverständigenurteil schuld ist. „Die Arbeiter und Beamten draußen begreifen das ganz leicht“, meint er. Er will „dukende“, „hunberte“ Beweise erbringen, daß die Kommunisten die Einheit der Gewerkschaften wollen. Der Uffschalprozeß in Leipzig ist ein Einzelfall. Alles dies gehört bei Ritter zum Thema Reichseisenbahn. Zwischenhinetn betätigt sich Frau Unger im „Hut Teufel“ rufen. Herr Ritter spricht weiter über das Einzelfall. Weil der sozialdemokratische Redner für den Achtstundentag eingetreten, verlangt der Kommunismus selbstverständlich den Erbenstundentag. An der Grundentlastung bei Darmstadt ist ebenfalls nach Ritter das Sachverständigenurteil schuld. Die Kommunisten haben den Sachverständigenurteil über, daß sie nicht parlamentarische Aktionen unternehmen, sondern daß diese Fragen nur gelöst werden können durch die Arbeiterschaft, Angehörigen und Beamten und unternehmen. Da Herr Ritter auf seiner Reise wieder das Wort Stieberrepublik hatte, wird er gerügt.

Abg. Weirich (Zentr.) löst ebenfalls wie sein Kollege Ziegelmeier eine scharfe Kritik an der Politik der Reichsbahngesellschaft. — Abg. Schmidt-Bretten (D.M.) erklärt, daß seine Fraktion mit allem, was die Abg. Wirth und Ziegelmeier ausföhren, einverstanden ist. — Die Rednerliste ist damit erschöpft. Der Landtag hatte nichts zu sagen in dieser wichtigen Frage.

In Schlußwort dankt Abg. Wirth (Soz.) der badischen Regierung für das Eintritten zugunsten der Arbeiter, und bittet um weitere Bemühungen, um die Arbeiter vor dem Aergsten zu bewahren. Wenn die Reichsbahndirektion ausföhrt, daß sie Arbeiter von Offenburg nach Schwellingen überföhren wolle, so hängt das unumkehrbar, wenn man hört, daß die Reichsbahndirektion heute weitere 98 Arbeiter in Schwellingen entläßt und dadurch noch mehr Arbeitsplätze frei werden; dabei gehen 450 Wagen, wie Abg. Ziegelmeier darlegte, nach Preußen zur Reparatur. Herr Ritter hat den Eisenbahnen einen schlechten Dienst erwiesen mit seiner Rede. Mögen die heutigen Verhandlungen das Ergebnis haben, daß das Los der Arbeiter erleichtert wird. — Nach einem weiteren Schlußwort des Abg. Ziegelmeier wird der Antrag Ziegelmeier einstimmig angenommen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird die Sitzung nach Erledigung aller Anfragen um 1 1/2 Uhr abgebrochen und die Weiterberatung auf nachmittags 1 Uhr festgesetzt.

19. Sitzung

Bei Beginn der Nachmittagsitzung bespricht Abg. Ritter (Komm.) die Beschlussfähigkeit des Hauses, nachdem er einen Verlagsantrag gestellt hatte. Der Präsident stellt fest, daß nur 36 Abgeordnete anwesend sind, das Haus ist somit beschlussunfähig. Der Präsident schließt die Sitzung und setzt die nächste Sitzung auf 1/2 Uhr fest. Es ist übrigens festzustellen, daß am Vormittag zuerst beabsichtigt war, die wenn

gen Tagesordnungspunkte noch in der Vormittagsitzung zu erledigen, es betraf nur noch einige Bahnwünsche. Es war vereinbart worden, daß die Anträge des Haushaltsausschusses ohne Debatte erledigt werden sollten. Kaum hatte aber der Berichterstatter das Wort ergriffen, als schon redelustige Zentrumsabgeordnete sich zum Worte meldeten, die es offenbar für nötig hielten, genau wie anno dazumal, „ihrem“ Wahlkreis zu zeigen, wie sehr sie sich für die Interessen ihrer Lokalbahn einsetzen. Trotz Hinweis darauf, daß es weit dienlicher sei, wenn diese Bahnfrage mehr durch Verhandlungen zwischen Karlsruhe und Berlin als durch öffentliche Ausbrüche erledigt würden, bestanden diese Bahnräuber auf ihrer Wortmeldung und so mußte die Vormittagsitzung abgebrochen werden.

20. Sitzung

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 5 Uhr, zu der das Zentrum keine Karlsruher Abgeordneten telephonisch herbeigeholt hatte, sogar die als krank gemeldeten, beantragte Abg. Maier-Seidelberg (Soz.) Verzug; Abg. Ritter (Kom.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Abg. Hiegelmaier (Chr.) sucht sich nun an der Sozialdemokratie dadurch zu rächen, daß er namentliche Abstimmung beantragt — er will dadurch die fehlenden Abgeordneten um die Mäntel bringen — schäbige Methode! —; er muß sich aber belächeln lassen, daß er von der Geschäftsordnung keine Ahnung hat. Herr Hiegelmaier gerät darob so in Wut, daß er der Sozialdemokratie vorwirft, sie treibe Schindluder mit dem Parlament. Abg. Marum (Soz.) weist diesen Anwurf entschieden zurück und stellt fest, daß es nur die Abgeordneten des Zentrums gewesen seien, die sich an die Vereinbarungen des Vormittags, die vom Vorsitzenden des Zentrums ausgegangen waren, nicht gehalten haben. — Der Präsident stellt die Anwesenheit von 38 Abgeordneten fest. Das Haus ist also immer noch beschlußfähig. Das eigenhändige Zentrum wollte nun nicht zugeben, daß für heute die Sitzung abgebrochen wird. Der Präsident setzte eine neue Sitzung auf 1/2 6 Uhr fest.

21. Sitzung

Da bei der 4. Sitzung des Tages Abg. Ritter (Kom.) mit seiner Wortmeldung zur Geschäftsordnung einen Augenblick zu spät kommt — der Präsident unterließ nämlich die Mitteilung der üblichen einleitenden Formalien —, wurde nun endlich in die Tagesordnung eintraten.

Zur Beratung stehen die Anträge betr. Die Bahn Ulm—St. Gallen, den Weiterbau der Reichstalbahn, den Ausbau der Bahnhöfe Redartelna—Schönan, den Ausbau der Maratalsbahn zwischen Kausmünzach und Klosterreichenbach.

Ueber diese Anträge berichtet Abg. Fischer-Freiburg. Der Haushaltsausschuß hat im großen ganzen den Wünschen der Antragsteller zugestimmt. Nach der Berichterstattung des Abg. Fischer beantragte Abg. Maier-Seidelberg (Soz.) Verzug, während Abg. Ritter (Kom.) die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. — Der Präsident stellt erneut die Beschlußfähigkeit des Hauses fest, es sind nur 36 Mitglieder anwesend. — Im Zentrum seinen Kopf nicht durchgesetzt hat — obgleich bei Beginn der Sitzung gegen 12 Abgeordnete des Zentrums anwesend waren. — Damit hat auch der Landtag seinen Faschingsanfang gehabt. Die nächste Sitzung wird auf nächsten Donnerstag vormittags 9 Uhr festgesetzt.

Die Verhandlungen mit Frankreich

Paris, 19. Febr. (Sig. Bericht.)

Die von der deutschen Handelsvertragsdelegation nach Empfang der letzten französischen Note in Berlin erhaltenen Instruktionen sind am Mittwoch abend in Paris eingetroffen. Staatssekretär Trendelenburg hatte daraufhin am Donnerstag vormittags eine neue Unterredung mit dem französischen Handelsminister, die am Nachmittag fortgesetzt wurde. Ueber ihren Inhalt ist weder von deutscher noch von französischer Seite irgend eine Mitteilung gemacht worden. Wir glauben jedoch zu wissen, daß die deutsche Antwort auf die letzten französischen Vorschläge ablehnend ist und in den Gegenwortsätzen mündet, die Verhandlungen bis zur Klärung der Lage, d. h. bis zur Durchführung der von Frankreich in Aussicht genommenen Revision seines Zolltarifes zu verlagern. Von deutscher Seite will man dafür den Ausdruck „freundschaftliche Unterbrechung der Verhandlungen“ wählen. Das soll bedeuten, daß beide Länder während der Pause, die wenigstens einige Wochen dauern wird, auf die Anwendung von Kampfmaßnahmen verzichteten. Die gesamte deutsche Delegation wird wahrscheinlich bereits am Freitag nach Berlin zurückkehren.

Diese Entscheidung, die von Berlin ausgeht, hat in Paris keineswegs nur in den französischen Kreisen übersehen. Sie wird von der Gegenseite zweifellos als ein neuer Versuch ausgelegt werden, auf Frankreich einen Druck in Bezug auf die Klärung des Handelsvertrages auszuüben. Wenn das tatsächlich die Absicht der Berliner Regierung sein sollte, so kann man dazu nur sagen, daß sie kaum ein ungeeignetes Mittel hätte wählen können. Denn der Abbruch der seit Monaten sich anschließenden Handelsvertragsverhandlungen kann nur dazu beitragen, die augenblicklich von der Reaktion auf dem Gebiet der Finanzen und der Währung scharf angegriffenen Stellung der Regierung herabzusetzen. Die Folge davon wird sein, daß Herr Trotter, um der Opposition nicht neue Angriffspunkte zu bieten, in den anderen deutsch-französischen Fragen sich um so unangenehm zeigen wird. Im übrigen aber scheint die verhängnisvolle Berliner Entscheidung mindestens zu einem großen Teil von den Wünschen der deutschen Schwerindustrie diktiert zu sein, die durch Unterbrechung der Verhandlungen die französische Industrie offenbar zur Annahme des Ende Dezember auf privatrechtlicher Grundlage vorgeschlagenen und damals abgelehnten Kompromisses zwingen zu können glaubt. Die Vertre-

gender dieses Mandates sind in erster Linie die weiterverarbeitenden Industrien Deutschlands, die nicht nur ihre Rohstoffe verlieren, sondern sich auch jeder Abfuhrmöglichkeit auf dem französischen Markt beraubt sehen werden, in zweiter Linie aber die Rasse der deutschen Verbraucher, die, wie immer, die Preise zu zahlen haben wird.

Die Pons Presse Zentrale Jena

sendet uns auf Grund des § 11 des Pressegesetzes folgende Erklärung:

„Die im „Vollstrecker“ veröffentlichte Behauptung, der Leiter der Pons Presse Zentrale habe dem ehemaligen Thüringischen Staatspräsidenten Koch eine Verteilungskampagne angedroht, wenn man ihm (dem Leiter der Zentrale) nicht ein Schreiben ausständigem wollte, ohne daß er Geld auf ein Konto eingabe, ist eine reine Erfindung.“

Wir haben besagte Notiz dem Material des Berliner Sozialdemokratischen Pressebüros entnommen, der auf diese Erklärung antworten wird.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Öffentliche Vorträge finden statt: Spielberg, Amt Ettlingen: Samstag, den 21. Februar, abends 1/2 8 Uhr, spricht Gen. Schulinspektor Reimundh-Karlsruhe über: „Christentum, Religion und Sozialismus“. Steiffeld, Amt Bruchsal: Samstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, in der „Krone“. Referent: Gen. Trinks-Karlsruhe. Thema: „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“.

Graben, Amt Karlsruhe: Sonntag, den 22. Februar, mittags 1/2 3 Uhr, Generalversammlung im „Bad. Hof“ mit Vortrag des Gen. Trinks-Karlsruhe über: „Der Kampf um die Macht in Vergangenheit und Gegenwart“.

Mühlheim, Amt Karlsruhe: Sonntag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, Gen. Trinks spricht über: „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“.

Stein, Amt Borsheim: Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus. Schulinspektor Gen. Reimundh-Karlsruhe spricht über: „Christentum, Religion und Sozialismus“.

Saasfeld, Donnerstag, den 26. Februar, abends 1/2 8 Uhr, im Rathaus. Prof. Gen. Wilhelm-Karlsruhe spricht über: „Klassenstaat — Klassenbewußtsein — Klassenkampf“.

Gengenbach, Amt Offenburg: Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, in der „Alten Industriehochschule“. Referent: Gen. Trinks-Karlsruhe. Thema: „Der Bauernkrieg“.

Mühlheim, Amt Ettlingen: Freitag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, im „Löwen“. Referent: Gen. Papp-Karlsruhe. Thema: „Kann ein Christ auch Sozialist und ein Sozialist noch Christ sein?“

Jell a. S.: Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im „Bären“. Referent: Parteisekretär Gen. Trinks. Thema: „Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht in Vergangenheit und Gegenwart“.

Diehlmann, Amt Borsheim: Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus. Referent: Gen. Professor Dr. Dietrich-Karlsruhe. Thema: „Die gesellschaftlichen Grundlagen des Sozialismus“.

Söllingen, Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im „Feldschützen“. Stadtrat Gen. Jung-Karlsruhe spricht über: „Rebel und Bismarck“.

Rotenfels, Amt Rastatt: Sonntag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im „Hirsch“. Gen. Schulinspektor Reimundh-Karlsruhe spricht über: „Die esoterischen Aufgaben der Schule“.

Selbach, A. Rastatt: Sonntag, 28. Februar, abends 8 Uhr, in der „Krone“. Hauptlehrer Gen. Mauer-Weingarten spricht über: „Christentum, Religion und Sozialismus“.

Wobersweiler, Amt Offenburg: Sonntag, den 1. März, mittags 1/2 3 Uhr, Referent: Gen. Trinks. Thema: „Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht in Vergangenheit und Gegenwart“.

Appenweier, Amt Offenburg: Sonntag, den 1. März, abends 7 Uhr, im „Bad. Hof“. Referent: Gen. Trinks. Thema: „Der Kampf um die politische und wirtschaftliche Macht in Vergangenheit und Zukunft“.

Weingarten: Sonntag, den 1. März, mittags 1/2 3 Uhr, im „Röhl“. Referent: Schulinspektor Gen. Reimundh-Karlsruhe. Thema: „Der Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Friede im Sozialismus“.

Mühlheim, Amt Rastatt: Sonntag, den 1. März, mittags 3 Uhr, in der „Eintracht“. Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe spricht über: „Die natürlichen Grundlagen des Sozialismus“.

Wilschweier, Amt Rastatt: Sonntag, den 1. März, abends 1/2 8 Uhr, in der „Sonne“. Vorkursleiter Gen. Kadner-Karlsruhe. Thema: „Die Entwicklung der Elektrotechnik“.

Wotzingen, Amt Bretten: Sonntag, den 1. März, mittags 3 Uhr im Rathaus. Gen. Dr. Engler-Karlsruhe spricht über: „Wau- und Wohnungsverhältnisse“.

Gondelsheim, Amt Bretten: Sonntag, den 1. März, mittags 3 Uhr im Rathaus. Referent: Sekr. Gen. Gans-Karlsruhe. Thema: „Bodenreform und Sozialismus“.

Gemeindepolitik

Bürgermeisterkonferenz des Bezirks Karlsruhe

5. Am Sonntag, 14. Febr., fand in Leutkirchenei eine freie Bürgermeisterkonferenz des Bezirks Karlsruhe statt. Nach Erledigung der interessanten Tagesordnung und sachlichen Aussprache wurden Beschlüsse gefaßt, die dem Verband badischer Gemeinden zur Weiterleitung an die Regierung vorgelegt werden. 1. Die Fahrgeldwindigkeit der Autos durch die Ortspolizei sollte wieder auf 15 Kilometer Fahrgeldwindigkeit herabgesetzt

werden. 2. Heranziehung der Wohnhäuser, die nach 1918 erbaut sind, zur Gebäudesteuer, da die Aufwertung in gar keinem Verhältnis steht zum Wert des Gebäudes, sowie Herabsetzung der Freigrenze zur Gebäudesteuer von 4500 M auf mindestens 3000 M. 3. Der Gemeindevorstand wolle sich unverzüglich an den Landtag wenden wegen der geradezu ständeligen Einschränkung der Ertragskraft durch die Fortbehörden. Die Bürgermeister verlangen in Anbetracht der starken Mangel während des Krieges, die Zuweisung der Ertragskraft zur Hälfte wie vor 1914. 4. Fast einstimmig wurde beschlossen, daß mit dem letzten Heft der Zwangsverwaltung, der Wohnungsbesitzverhältnisse aufgeräumt werden soll. 5. Gegen die Aufhebung der Steuern einmüßig in den Landgemeinden wurde der scharfe Protest erhoben, insbesondere, da der Steuerertrag durch die Gemeinden gesehen kann, und dafür die Finanzämter eine geradezu lächerliche Bezahlung von 75 Pfg. für 100 M Einnahmen vergüten wollen.

Neuburgweier. Bei der am letzten Sonntag abgehaltenen Bürgermeisterwahl wurde, wie bei fünf Kandidaten nicht anders zu erwarten, ein Ergebnis nicht erzielt. Die Stimmengleichverteilung war groß, doch hatte den meißten größten Vorsprung der Altbürgermeister Wadter mit 146 Stimmen, dann folgte Adolf Deitel mit 61 Stimmen, Markus Heig mit 41 Stimmen, August Schneider mit 37 Stimmen und Franz Anton Schilling mit 24 Stimmen.

Schutterwald. Der Bezirksrat hat die Einsprache gegen die Bürgermeisterwahl in Schutterwald abgelehnt.

Soziales

Antrag der Sozialdemokratie auf Erhöhung der Renten bei der Angestelltenversicherung

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages begründeten am Mittwoch die Genossen Aufhäuser, Giebel und Koch einen Initiativantrag zur Angestelltenversicherung auf Verdoppelung des Grundbetrages von 300 auf 720 Mark jährlich, auf Verdoppelung des Steigerungsbetrages von 10 auf 20 Prozent und auf entsprechende Erhöhung des Alterszuschusses, der Witwen- und der Waisenrente. Die Regierungsvorleser lehnten eine allgemeine Rentenerhöhung kategorisch ab und erklärten sich nur mit einer Zusatzleistung (Aufwertung) der Renten in den vier obersten Beitragsklassen des alten Gesetzes einverstanden. Ein solcher Antrag, der für die Gehaltsklassen 5 bis 11 einen Steigerungsbetrag von 1—4 Goldmark gewährt, wurde angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien scharf bekämpft und schließlich gegen die Stimmen der Antragsteller und Kommunisten abgelehnt. Selbst eine Entschließung der Sozialdemokraten, wonach die Regierung aufgefordert werden sollte, eine entsprechende Vorlage auszubereiten, wurde von den bürgerlichen Parteien niedergeschlagen. Ein Antrag der Demokraten, die Erhöhung des Grundbetrages auf 480 Mark, des Steigerungsbetrages auf 15 Prozent zu beschließen, wurde ebenfalls abgelehnt. Angenommen wurde lediglich eine Entschließung der bürgerlichen Parteien, wonach die Regierung ohne Bindung des Zeitpunktes eine Vorlage entsprechend dem demokratischen Antrag ausarbeiten soll. — Die sozialdemokratische Fraktion wird ihren Initiativantrag im Plenum wiederholen. Der sozialdemokratische Antrag, die Angestelltenversicherung auf alle Angestellten auszudehnen, wurde von den bürgerlichen gleichfalls abgelehnt und auch keinerlei Erhöhung der heutigen Versicherungsgrenze beschlossen.

Jugend und Sport

Durmersheim. In diesem Jahr kann der Arbeiterturnverein e. V. Durmersheim auf sein 25. jähriges Bestehen zurückblicken, und deshalb dieserhalb die Verwaltung diesen Tag festlich zu begehen. Da der Verein 3. Bt. in sportlicher Hinsicht auf einer sehr leistungsfähigen Stufe steht, verpflichtet dieses Fest ein interessantes zu werden. Darum muß am 24. Mai die Parade für jeden Arbeiterpolster heißen: „Auf nach Durmersheim zum 25-jährigen Stiftungsfest!“

Gerichtszeitung

Gefängnis für Schändung der Reichsfahne

Am 3. August v. J. wurde in Mannheim am Hofengarten und am Verfassungstage von einem der Flaggemannen auf dem Verfassungstage eine der großen höchsten Fahnen geschändet. Die Täter waren die Handlungsgesellen Kurt Leus und H. Schanz, die die Fahne verbrannten, die andere in den Rhein verjerkten. Der Schaden der Stadt wurde auf 300 M angegeben. Die Täter gehören der Deutschen Volkspartei an. Das Urteil des Schöffengerichts lautete auf drei Wochen Gefängnis für jeden der beiden Angeklagten. Von einer Freiheitsstrafe, so führte das Gericht aus, abzugehen, müßte als ungerade empfunden werden, wo doch auch jugendliche Kommunisten wegen Teilnahmestrafen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden seien. Es müßte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Gerichte gewillt sind, die Ruhe der Bürgererschaft und die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten.

Briefkasten der Redaktion

Dies S. Sie müssen bei der Sparkasse in Baden-Baden das Aufgebotsverfahren für das Sparkassenbuch und die Anteilscheine einleiten lassen. Ob eine Aufwertung erfolgt, hängt von der demnächst stattfindenden Beschlußfassung des Reichstages ab.

Woburn-Tabletten
in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich
für Sänger, Redner, Musiker

Brauerei Fels über Fastnacht
MÄRZENBIER

Die Ruhrstandaldebate im Reichstag

Berlin, 20. Febr.

Der Reichstag berät zunächst in dritter Beratung den Zusatzvertrag zu dem am 1. September 1920 abgeschlossenen deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen. Der Berichterstatter Abg. Lejeune-Jung (D.) betont, daß Deutschland bei diesem Abkommen überwiegend der gebende als der empfangende Teil gewesen sei, aber die Mehrheit des Hauses habe mit Rücksicht auf das gespannte Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland die Genehmigung ausgesprochen.

Abg. Dr. Stresemann erklärt dazu, die Verträge von Versailles und St. Germain ließen es nicht zu, die Beziehungen zwischen Deutsch-Oesterreich und dem Deutschen Reich so eng wie möglich zu gestalten. Wenn deshalb der in Betracht kommende Vertrag auch nur den Charakter eines Provisoriums zeige, wenn er auch Deutschland weniger Vorteile bringe als Oesterreich, so müssen wir doch befreit sein, möglichst der erste Staat zu sein, der mit seinem Nachbarland Oesterreich einen solchen Vertrag schließt. (Beifall.) Wir wollen in diesem Falle nicht prozentual berechnen, wer mehr gibt oder empfängt. Wenn es nach dem Willen beider Völker ginge, so würden ja überhaupt die Grenzmauern niedergedrückt, so würden wir ein Land und eine Wirtschaftsgemeinschaft sein. (Beifall.) Es ist hier mit Recht über die noch bestehenden Grenzschwierigkeiten geredet worden. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß wir schon anfangs der nächsten Woche mit der hierigen österreichischen Gesandtschaft in Verbindung treten werden mit der Absicht, die gesamten wechselseitigen Güterverkehrsbeschränkungen zwischen beiden Ländern aufzuheben. (Beifall.)

Abg. Dr. Hildebrand (Soz.) begrüßt die angekündigte Aufhebung der Grenzschwierigkeiten und wendet sich gegen die Absicht, Grenzsperrlinien einzuführen. Der Artikel 48 der Reichsverfassung dürfe hier niemals angewendet werden.

Abg. Stöcker (Komm.) protestiert gegen die Aufhebung von Zollschranken zwischen Oesterreich und Deutschland. Die Verträge von St. Germain und Versailles dürften kein Hindernis für die Zollunion geben. Die Kommunisten würden gegen den Vertrag stimmen.

Abg. Bauer (Dem.) erklärt den Vertrag als den Anfang zu einem festeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Deutschland und Oesterreich. Das deutsche Bürgertum habe sich keineswegs damit abgefunden, daß die Friedensdiktate den politischen Zusammenschluß hindern. Es wehre sich gegen die Zwangsverträge. Der Vertrag wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Ebenso die Vorlage über die Verhängung des Handelsübereinkommens mit Portugal.

Auf der Tagesordnung steht die Denkschrift über die Ruhrkredite über die Erstattung der Reparationsanfragen und die Entschädigungen der Privatwirtschaft des Ruhr- und Rheingebietes.

Der Bundesrat hat mit seinen kommunistischen und sozialdemokratischen Anträgen auf Einsetzung eines Untersuchungs Ausschusses für die Prüfung der Ruhrkredite.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schilling leitet die Beratung mit der Erklärung ein, die Regierung erlaube an, daß bei den Ruhrkreditentwürfen eine Staatsüberschreitung vorliege und sie erbitten sich dafür Indemnität. Die Regierung habe von vornherein die Absicht gehabt, diese Angelegenheit dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt zu unterbreiten.

Abg. Herz (Soz.)

begründet einen Antrag seiner Freunde auf Einsetzung eines Untersuchungs Ausschusses zur Prüfung der Frage der Vergabe von 700 Millionen Entschädigung an die Ruhrindustrie. Die Denkschrift der Regierung gebe keine befriedigende Aufklärung. Sie sei in dem Briefwechsel zwischen Stresemann und Stinnes lidenhaft. Sie teile auch nicht die Kabinettsbeschlüsse mit, auf die sich die Regierung in ihrer Propaganda für die Denkschrift beriefe. Angesichts der Verleumdungen durch die früheren sozialdemokratischen Minister für die Ruhrkreditentwürfe mitunter antwortlich zu machen, müssen wir von dem jetzigen Reichskanzler verlangen, daß er der Wahrheit die Ehre gibt und bestätigt, daß der damalige Reichsfinanzminister Dr. Hildebrand nichts mit dieser Angelegenheit zu tun hat. (Reichskanzler Dr. Luther nicht beistimmend.) Noch am 12. Oktober sagte Dr. Stresemann im Reichstagen, er könne bei der Finanzlage des Reiches keine Garantie für den Erfolg der Reparationsentwürfe für die Industrie übernehmen. Aber schon am 21. Oktober wurde von Dr. Stresemann etwas anderes gesagt. (Minister Dr. Stresemann: Weil die Regierung am 20. Oktober auf einstimmigen Beschluß ihren Standpunkt geändert hatte.) Besonders auffallen müssen die Regierungsverhandlungen mit den Bankenunternehmungen. Solange das Wiederaufbauministerium von einem Reichssozialdemokraten geleitet wurde, war es zuständig für die Verhandlungen. Inzuständig wurde es in dem Augenblick, wo der Sozialdemokrat Robert Schmidt das Ministerium übernahm. (Auf bei den Sozialdemokraten: Das ist Schiebung und Korruption.)

Der Redner geht dann auf die Art ein, wie die Regierung ihre Entschädigungsaktion vorgenommen hat. Unter Ausschaltung des Reichstages. Die Reichsregierung hat die Gewährung der 700 Millionenentschädigung an die Ruhrindustrie geleitet, ohne die Zustimmung des Reichstages eingeholt zu haben. Die Millionenentschädigung ist der Ruhrindustrie aus der Reichskasse bezahlt worden zur Abwälzung der Ruhrkredite, obwohl zur Abwälzung dieser Lasten der Industrie schon erhöhte Preise auf Kosten der Konsumenten und Hungerlöhne auf Kosten der Angestellten und Arbeiter bewilligt worden waren. In der Denkschrift wird zur Ver-

gründung der schleunigen geschwindigen Auszahlung angeführt, das Reich habe gewissermaßen im Gelde geschwommen und habe es deshalb schnell ausgezahlt. Wie ist das vereinbar mit der Haltung der Herren Dr. Luther und von Schilling im Aufwertungs Ausschuss. Beide haben dort erklärt, das Reich habe nicht die Mittel für eine gerechte Aufwertung, während die Ruhrindustrie sich in unerhörter Weise bereichert hat, sind 7000 Arbeiter und Angestellte der Ricumachen auf die Straße gesetzt worden. Durch diese Millionenentschädigung des Reiches ist auch die Aufwertungsfrage in ein anderes Stadium getreten. Wir verlangen Rückzahlung der Entschädigung, damit mit ihren Mitteln das schwere Unrecht gutgemacht wird, unter denen die Aufwertungsinteressen bisher leiden müssen.

Von den Parteien der Rechten und vom Zentrum ist ein Antrag eingegangen. Gemäß Artikel 24 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt mit der Aufgabe, festzustellen, ob irgend welche Beträge an die Ruhrindustrie geflossen sind und ob daher eine Rückzahlungsverpflichtung vorliegt.

Abg. Dr. Gremer (D. Rp.) gibt für die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen und Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die unterzeichneten Fraktionen seien überzeugt, daß die Reichsregierung bei dem Erfolg der Reparationsentwürfe gehandelt habe unter dem Druck der Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft vor dem vollständigen Zusammenbruch zu bewahren. Sie seien gleichwohl für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, damit objektiv festgestellt würde, ob die Maßnahmen der Regierung durch zwingende Verhältnisse geboten waren, daß sie weder die Finanzen des Reiches geschädigt, noch Privatpersonen unzulässige Vorteile zugeführt habe. Die Fraktionen be- antworten weiter die Ueberweisung der Denkschrift an den Haupt-

Reichskanzler Dr. Luther

von der Linken mit Mithilfe empfangen, nimmt darauf das Wort. Der Kanzler erklärt, es frage immer wieder so, als ob es sich hier um Kredite an wenige Großindustriellen handle. Aus der Denkschrift ergibt sich, daß es sich bei den 700 Millionen um die Gesamtbeträge handelt, die dem besetzten Gebiet bezahlt worden sind. Die Zahl der Empfänger dieser Entschädigungen übersteigt 4000. (Beifall.) Es handelt sich einfach um den Erfolg, der durch Gewalt den Bewohnern der besetzten Gebiete weggenommenen Leistungen. (Widerpruch links.) Das Reich mußte, sobald es dazu imstande war, diese Leistungen erlassen. Mit den Worten ist es aber nicht getan. Man muß auch in dem Augenblick, wo es notwendig ist, entsprechend handeln. (Rärende Zurufe links, Zustimmung auf der Rechten.) Die Frage der Gutschrift ist eine außenpolitische Angelegenheit, die vom Reich mit allem Nachdruck verfolgt wird. Der springende Punkt war, die Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet zu beheben und die Wirtschaft im Gang zu halten. (Rärender Widerspruch links.) Der Kanzler befreit, daß es zu der Indemnitätsvorlage der Regierung erst eines Antrages von außen bedurfte. Schon in der ersten Sitzung des Haushalts Ausschusses habe der Reichsfinanzminister als erster Redner im Ausschuss Auskunft gegeben. Auf anderem Wege konnte nicht verfahren werden, da der Reichstag gar nicht früher zusammentrat. (Gelächter links.) Die Regierung hat sich beim Abschluß der Wiederaufbaugesetze eingestellt, daß man etwa im Frühjahr zu geordneten Verhältnissen kommen dürfte. Tatsächlich ist der Lauf der Dinge erheblich langsamer gewesen. Es mußten andere Wege be- gangen werden, um das Wirtschaftsleben im Ruhrgebiet aufrecht zu erhalten.

Auf verschiedene Zwischenrufe von links erklärt der Kanzler sehr erregt: Jemand, der die Reichsregierung hat es damals auf sich genommen, das deutsche Volk durch die furchtbaren Verhältnisse hindurchzuführen. (Stürmischer Beifall rechts, Lärm links.) Abg. Herz ruft: Warum haben Sie uns damals nicht die Wahrheit gesagt? (Großer Lärm und Zurufe auf der Rechten.) Nach Abschluß des Londoner Abkommens ging der Reichstag in die Ferien. In dieselbe Zeit fällt die Verabreichung der Umsatzsteuer, die Erhöhung der Beamtengehälter usw. Alles mußte geschehen ohne den Reichstag. Der Finanzminister wollte an den Reichstag herantreten, da kam die Regierungskrise und die Auflösung des Reichstages. Es wurde eine Steuererhöhung vorgenommen ohne den Reichstag. Dann mußte auch die Ruhrkreditentschädigung erlassen werden. Will man der Regierung vorwerfen, daß es ihr gelungen ist, im Laufe des Jahres die Reichsfinanzen zu sanieren? (Großer anhaltender Lärm links, Rufe rechts: Ruhe!) Die Zusagen galten erst für die Zeit nach der Sanierung. Sollten wir die Zahlungen verweigern, nachdem das deutsche Volk in der Lage war, sie zu leisten? Waren die Zahlungen zu hoch.

Der Reichskanzler gibt alsdann einen zahlenmäßigen Ueberblick. Auch der preussische Handelsminister Siering habe in einem Gutachten gesagt, daß die Ruhrindustrie ihre tatsächlichen Aufwendungen ohne die Inzuberluste nicht gedeckt habe. (Hört, hört! rechts.) Der Kanzler stellt für die Finanzverwaltung fest, daß nur Zahlungen geleistet worden sind, zu deren Leistung nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Verpflichtung bestand. Die Regierung sei bereit, dem Ausschuss über jede Einzelheit Auskunft zu geben und begreife jede rechtmäßige Nach- prüfung. Es sei eine Zurechnung der öffentlichen Meinung.

wem behauptet wird, daß die Zahlungen nur an einen Teil der Bevölkerung ergangen sind. (Beifall und Gängebefehle rechts, großer Lärm auf der Linken.)

Abg. Frau Golke (Komm.) bezeichnet es als einen Schwindel, den Reichstag als eine Volksvertretung zu bezeichnen. Die Abgeordneten einschließlich der Sozialdemokraten seien nur Marionetten der Schwerindustrie ebenso wie die Regierung.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.)

Bei der Berechnung der Entschädigungen habe sich Luther offenbar zu einseitig von den Interessenten beraten lassen. (Großes Rufen links.) Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß die übermäßige Höhe der Kohlenpreise und die geringe Entlohnung der Arbeiter und Angestellten begründet worden ist mit den Ruhrkrediten. Die Regierung habe in ihrer Berechnung nicht berücksichtigt die Abbildung eines Teils der Ruhrkredite auf die Verbraucher, und eines anderen Teils auf die Arbeiter und Angestellten. Aus den Angaben der Regierung selbst ergibt sich, daß 140 Millionen an die Arbeiter bezahlt worden sind. Es wird die Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein, dieses Geld zurückzubekommen und damit die Ansprüche der geschädigten Auslandsdeutschen zu befriedigen. (Beifall.) Die auffallende Verschleierung der Zahlungen läßt sich nur so erklären, daß die Regierung glaubte, sie würde angeht die furchtbare Not der Masse des Volkes mit ihren Zahlungen an die leistungsfähigen Kreise der Wirtschaft keinen leichten Stand vor dem Reichstag haben. (Beifall.) Wenn einmal das große Aufwachen beginnt, dann werden wir nicht nur bei Barmat, sondern auch bei diesen Dingen aufkommen. (Beifall links.) Wir wollen Rhein und Ruhr nicht zu Reparationsprovinzen werden lassen. Wir lehnen es aber auch ab, ganz Deutschland zur Reparationsprovinz werden zu lassen zugunsten einiger großkapitalistischer Unternehmungen. (Beifall links.)

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

betont in seiner Antwort, an Dr. Herz, bei der wechselnden Haltung der Reichsregierung und dem Abbruch des passiven Widerstandes dürfe nicht vergessen werden, wie stark die Außenpolitik damals in die Innenpolitik hineinwirkte. Es wurde damals lieber auf einer beschränkten Lösung der Reparationsfrage gearbeitet. Wenn besprochen wird von Briefen, die Stresemann an seinen Parteifreund Stinnes gerichtet hat, so ist festzustellen, daß diese Briefe dem gesamten Reichstagskabinett bekannt waren. An der entscheidenden Kabinettsitzung vom 20. Oktober haben nicht nur die sozialdemokratischen Minister Schmidt und Solmann teilgenommen, sondern auch der preussische Ministerpräsident. Als Beschluß dieser Kabinettsitzung ist protokolllarisch festgelegt worden, daß die Industrie zunächst als Privatkrediten die Leistungen an Frankreich übernimmt, und dann heißt es wörtlich: Das Reich anerkennt die Verpflichtung zur Erstattung. Die Erstattung kann nur eintreten, wenn die Finanzen des Reiches in Ordnung gebracht worden sind. (Lärm und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, der sozialdemokratische Abgeordnete Fuhrmann, hat damals verlangt, daß die Lieferungen der Industrie vom Reich bezahlt werden. (Hört, hört! rechts.) Der preussische Ministerpräsident Braun stimmte schließlich zu, hat aber, mehr aus Gründen der Volkswirtschaft als aus anderen, die Namen Stinnes nicht so sehr in den Vordergrund zu stellen. In der vorletzten Kabinettsitzung, der die sozialdemokratischen Minister beizumuten, haben sie allerdings Stimmenhaltung geübt, aber nicht in der ersten entscheidenden Sitzung. Es wird auch übersehen, daß bei allen diesen Dingen von entscheidender Bedeutung außenpolitische Gesichtspunkte waren. (Beifall rechts.)

Abg. Herz (Soz.)

erklärt dem Außenminister gegenüber, gerade die Sozialdemokratie bedauere besonders die außenpolitischen Wirkungen, die es haben müßte, wenn die Regierung in so schwerwiegender Angelegenheit ohne die gesetzlich gebotene Mitwirkung des Reichstages entschied. Zu der Sitzung, die am 21. Oktober von der Regierung mit den Ruhrindustriellen abgehalten wurde, ist gerade der unabhängige Wiederaufbauminister der Sozialdemokratie, Robert Schmidt, nicht zugezogen worden. Wenn Dr. Stresemann solchen Wert auf die Teilnahme des preussischen Ministerpräsidenten lege, warum hat er ihn dann nicht zu den Kabinettsitzungen herangezogen, in denen über die Auszahlung der Industrie gefaßt wurde. (Sehr laut! links) Dem Bergarbeiterverband hat allerdings sein Einverständnis mit dem Angebot der Industrie erklärt, gegen Steuererhöhung usw. Kredite zur Aufbringung der Sachleistungen zu beschaffen. Die Frage ist noch nicht beantwortet, warum der Bergarbeiterverband auf seine Anfrage vom 17. Oktober erst am 13. Januar eine nichtsagende Antwort erhielt. Was der Finanzverwaltung heute vorgeworfen wird, ist die Begünstigung der besitzenden Kreise. Auch von der Landabgabe ist den Großarariern

Tabletten hervorragend bewährt bei:

Togal **Sicht,** **Gegenstich,** **Rheuma,** **Nerven- und** **Schias,** **Kopfschmerzen**

Togal stillt die Schmerzen und löst die Spannung aus. Frage Sie Ihren Arzt - In allen Apotheken erhältlich. Best. 12,50% Lit. 0,46% Chlorn. 11,3% Aeid. acet. salic. ad 100 Anhydum

Dr. THOMPSON'S

Schwan

Ist ausgiebig im Gebrauch, spart Zeit und Mühe.

SEIFENPULVER

Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

herausgesagt worden, als sie eingezahlt hätten. Am 21. September wurden im besetzten Gebiet 80 000 Eisenbahner entlassen, von denen noch 30 000 erwerbslos sind. Auch diesen Arbeitnehmern wurde volle Erziehung versprochen, aber sie erhielten lediglich die Erwerbslosenunterstützung. Dieses Vorgehen mit zweierlei Maß ist besonders gefährlich. (Weißheit bei den Sozialdemokraten.)

Herr Scheller (Komm.) hält die Sozialdemokraten für unzulässig an dem großen Volksbetrug, den die Regierung verübt habe.

Herr Robert Schmidt (Sos.) überprüft einzelne Mitteilungen des Außenministers Stresemann. Die Sitzung vom 20. Oktober war nicht die entscheidende. In ihr anerkannte das Kabinett zwar mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister grundsätzlich eine Entschädigungspflicht des Reiches, aber es wurde nicht gesagt, daß die Zahlung unter Ausschaltung des Reichstags auf dem Verwaltungswege erfolgen sollte. In der Sitzung am 1. November habe ich Stimmenthaltung geübt. Das ist als unzulässiger Wiederaufbauminister zu den Verhandlungen mit der Industrie nicht hinzugezogen war, soll auf Wunsch des Herrn Sinnes unterbleiben sein. Auch die übrigen sozialdemokratischen Minister waren von der Vorlage vorher nicht unterrichtet worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokr.)

Rechtsaußenminister Dr. Stresemann erklärt dem Wortführer gegenüber, Herr Sinnes habe weder ihn noch einen Beamten des Außenministeriums ersucht, Herrn Robert Schmidt von der Befragung auszuschließen. Damit schließt die Aussprache. Nach längerer Geschäftsverhandlung wird die Einlegung eines Unterjudenentscheidungsbeschusses beschlossen, dem 21 Mitglieder angehören sollen. Die Denkschrift der Regierung wird dem Haushaltsausschuß überwiesen, nach 4 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Montag, 2. März, 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsaussenministeriums.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 21. Februar
Geschichtskalender

21. Febr. 1677 Der Philosoph Baruch Spinoza im Haag. — 1919 Ermordung des bayer. Ministerpräsidenten Kurt Eisner in München. — 1788 Der Philosoph Arthur Schopenhauer in Danzig. — 1840 August Bebel in Köln. — 1924 Reichsregierung in Thüringen.

Veranstaltungen der Arbeiterjugend
S.A.G. Gruppe West. Sonntag, 22. Febr., Besichtigung der Grotte bei Wehringen. — S.A.G. Gruppe Ost. Sonntag, 22. Febr., Fahrt nach Wehringen. — S.A.G. Gruppe Süd. Sonntag, 22. Febr., Fahrt nach Wehringen. — S.A.G. Gruppe Mitte. Sonntag, 22. Febr., Fahrt nach Wehringen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Jugendabteilung. Sonntag, 22. Februar, findet ein Ausmarsch der gesamten einseitigen Jugendabteilungen, sämtlich in der Besatzungszone. Sammelplatz: Eingang des Waldparks, hinter dem Schlossgarten (ehemaliges Park). Abfahrt um 9 Uhr. Rückkehr nach 12 Uhr. Die Gruppenführer werden hierzu ersucht. Es ist Pflicht aller Zusatzkameraden, das sie an diesem Ausmarsch unbedingt teilnehmen.

Reaktion im Karlsruher Volksschulwesen
R. W. Was wir an dieser Stelle am 21. Oktober vorigen Jahres vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Das Karlsruher Rathaus hat nicht die Bildungstage befehlen, mit seinen rücksichtslosen Bürgerbeschwerden noch zur Zeit der Wahlen heranzuziehen. Man fürchtete offenbar schlimme Folgen bei den Wahlen. Erst jetzt wird das Verbot bekannt und sogar die U.S. bemüht sich, die Karlsruher Schulpläne in alle Winkel zu verstreuen.

Was uns zu solcher Ausdrucksweise berechtigt? Nach dem was haben alle anständigen Volkserzieher die Notwendigkeit eines sozialen Aufbaues unseres Volksschulwesens betont. Im Organismus der Volksschule sollte der Gedanke der Volkseinheit zu erkennen sein, weil man sich davon wirtschaftliche Ergebnisse verspricht und eine Durchbrechung der starren Schiedswände zwischen den einzelnen Volksschulen. Die besten Mitarbeiter sollten an der Hebung der Volksschule interessiert werden. Es ist nun in hohem Grade bedauerlich, daß ein praktischer Schulmann, der Karlsruher Stadtschulrat Dr. G. v. S. in der den viele für stark mit demokratischem Del geistigt haben, sich in allzu willkürlicher Weise dazu hergegeben hat, seinen Bürgerbeschwerden zu antworten, der auf eine Verschärfung der Volksschulpläne hinausgeht. Dieser Plan sieht vor, daß die bürgerlich-konfessionellen Kinder ohne Prüfung ihrer Begabung aus den Klassenverbänden herausgerissen und zu besonderen Klassen vereinigt werden (sogen. Vobbesklassen). Diese Konfessionen werden naturgemäß die sozial gehobene Schicht der Schüler aufnehmen, denn darauf läuft das Drängen der Interessenten hinaus. Es gibt eine neue Standes- und Geldbeurteilung für diejenigen, die ihre Kinder aus gewissen Gründen nicht an der Volksschule sehen. Solche Trübsal unter den Eltern, bei denen meistens Gründe der Eitelkeit mitsprechen, hat es immer gegeben.

Ein in Karlsruhe in höchstem Ansehen stehender Schulmann hat über eine derartige Trennung der Schüler ganz andere Gedanken, als das Karlsruher Rathaus. Der Staatsrat Dr. G. von S. schreibt in einer Broschüre „Die deutsche Einheitschule“ folgendes: „Wenn der Staat es als seine Pflicht ansehen muß, allen Kindern seiner Bürger diejenige Erziehung zu geben, die sie befähigt zur Leistung der ihnen in der nationalen Gesellschaft zufallenden Arbeit. . . so darf er diese Erziehung nicht in Schichten verteilen. . . Er darf aber auch innerhalb dieses Erziehungssystems nicht weitere Schiedswände errichten, die den geordneten Gang der Ausbildung gleich nach den ersten Jahren wieder unterbrechen.“ Damit ist der Stab über den Karlsruher Bürgerbeschwerden von einer Seite gebrochen, die über den Werdegang allzu großer Sinnigkeit zur politischen Zinken erzogen ist, und deren Kompetenz man der aller Schulbesuchenden des Karlsruher mit Einschluß des Stadtschulrats mindestens ablehnen darf.

Über der politischen Seite hat der Plan der Bürgerchule aber auch noch eine pädagogische. Der Plan bedeutet eine Verminderung und Verfestigung der Karlsruher Volksschulen, gegen die wir im Interesse des Volkes mit aller Entschiedenheit protestieren. Man bedenke das Folgende: Nach dem vierten Schuljahr schöpfen die Volksschulen den Rahmen von den Volksschulen ab. Die Vobbesklassen verlassen die Volksschulklassen. Später kommen die Handwerksklassen, die ebenfalls gutes Material aus den Volksschulklassen heranziehen. Und nun will Herr Stadtschulrat Dr. G. v. S. die Volksschulen noch ein drittes Mal abrahmen für seine neuen Bürgerchulpläne. Jeder Raie kann sich vorstellen, was dann noch in den Volksschulklassen zurückbleibt. Diese Klassen sind pädagogisch unbrauchbar; es fehlt ihnen der Sauerstoff der Intelligenz, die die andern Schüler mitbringen. Die Lehrer müssen sich der geringen Aufnahmefähigkeit des ausgehenden Schülermaterials anpassen. Der ganze Unterricht wird dadurch arm und minderwertig.

Vor dieser schweren Gefahr für die Volksschule warnt ein namhafter Schulmann mit folgenden Worten: „Solche Veränderungen bedeuten für die Volksschule der Großstädte ein Abwärtsschreiten von gutem Schülernmaterial, eine Verarmung an intellektuellen Talenten und damit infolge der selbsttätig sich einstellenden Anpassung an die geringere Durchschnittsbegabung der Klassen eine stillschweigende hingenommene Herabminderung der Anforderungen und Leistungen der Schule. Diese Senkung der geistigen Höhenstufe der Volksschule wird naturgemäß um so tiefer sein, je größer die Zahl der abwandernden gut berantagten Schüler ist.“ Der namhafte Pädagoge, dessen Worte derart vernehmlich sind für den Hebungsweg des Volkes, ist Herr Stadtschulrat Dr. G. v. S. Karlsruher Stadtschulrat Dr. G. v. S. Die zitierte Stelle ist einem Artikel entnommen, der er kürzlich im „Badischen Beobachter“ veröffentlicht hat. Man leben wir zwar in einer anerkannt schnelllebigen Zeit, aber nicht alle Menschen sind solche Virtuosen der Verordnungsverwaltung, daß sie heute nicht mehr wissen, was sie gestern geschrieben haben, daß sie sich heute nicht für etwas einsetzen, was sie gestern noch bekämpft haben. Einem Schulaufsichtsbeamten, der, wissend, daß ein Plan eine Verschlechterung der Volksschule bedeutet, doch zur Durchführung dieses Planes die Hand bietet, dem müssen wir das Zeugnis verpassen, daß er ein ehrlicher Freund der Volksschule ist. Das Karlsruher Rathaus ist hier schlecht beraten. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich die Freiheit nehmen, einen andern, natürlicheren Verstoß einzurufen.

Öffentliche Versammlung der Sparer und Geschäftler
Im dichtbesetzten kleinen Festsaal sprach vergangener Mittwochabend Herr Professor Dr. G. v. S. über das sehr zeitgemäße Thema: „Die Wiederherstellung der Wirtschaft durch die Wiederherstellung der Sparrrechte.“ Die sehr impulsiv vorgetragenen wirtschaftlichen Erkenntnisse des Redners, sowie auch seine scharf und mitunter bombastisch ausgesprochenen Schlussfolgerungen fanden bei den sehr stark vertretenen Interessenten lebhaftesten Beifall. Im übrigen darf man ruhig anerkennen, daß mit den Sparrern und Geschäftlern ein sehr wertvolles Element in der Bevölkerung vorhanden ist und daß eine klare Kennzeichnung dieser beschämenden Angelegenheit in öffentlicher Form ihre Berechtigung hat. Man muß aber auch den Sparrern mit aller Eindringlichkeit sagen, daß gerade diejenigen Parteien, z. B. Deutschnationale und Volkspartei, am wenigsten für die betroffenen Sparrer tun, trotzdem sie vor der Wahl das große Mundwort hatten und sich als die alleinigen wahren Vertreter der Interessen der Sparrer aufspielten. Aber die letzteren erhielten von diesen Parteien weiter nichts als die famose 3. Steuerreform, während die „armen“ Industriellen des Ruhrgebietes im Einklang mit den Deutschnationalen und Volksparteiern 700 Millionen zugesichert erhielten.

Der Redner entwickelte außerdem folgende Gedanken: Der Kampf um gerechte Aufwertung ist ein Kampf um Sein oder Nichtsein der deutschen Wirtschaft, die sich nur durch die Opferwilligkeit des deutschen Sparrers wieder aufbauen kann. Die sogenannte deutsche Inflation sei der größte Volksschaden der Weltgeschichte, eine Tat niedrig denkender Gewaltmenschen. Noch niemals ist ein solcher gräßlicher Betrag gesehen. Vor dem Ruhrkampf, wo wir noch stärker waren, konnte die Festwährung nicht geschaffen werden, aber danach, als das Reich um ungeheure Werte ärmer war, da war die Goldmark-Währung wieder herzustellen. Durch die Sparaufgaben war es den Sparkassen und Banken zu einem großen Teil erst möglich, den großen Firmen das Geld zu leihen, mit dem sie arbeiteten und zum Teil feststehende Werte schufen, wie Maschinen, Fabriken, Geschäftshäuser. Die 3. Steuerreformordnung, ein sehr wertvolles Geschenk, will in ihrer Auswirkung die ernsthaften und treuesten Volksteile abtöten, die Sparrer um ihren Anteil am Volkserwerb betrogen. In scharfen Worten wandte sich der Redner gegen Berlin, wo alle Vorseiten ausgeübt werden. Der Redner forderte die Sparrer auf, zur Selbsthilfe zu greifen, denn die frühere jahrelange Sparrtätigkeit gibt man nicht kamplos aus der Hand.

Der Referent kam auch auf die Korruptionsfälle zu sprechen und meinte allerdings, daß in der Monarchie so etwas nicht passiert wäre. Aber Herr Professor! Nach 1871, also zur Zeit der „engelsteinen“ Monarchie, ereigneten sich auch solche Fälle, die man allerdings mit dem Mantel der christlichen und monarchistischen Nächstenliebe bedeckt. Und dann Herr Professor, es sind doch vorwiegend gute Monarchisten, die als Mitglieder der Inflation in Betracht kommen und demzufolge ihren Reichtum noch vermehren. Und diese Monarchisten trübten sich heute doch ganz gewaltig, von ihrem Reichtum etwas abzugeben und machen dadurch eine höhere Aufwertung der Sparaufgaben und w. unmöglich. Mit Lobhudelei auf die Monarchie ist auf alle Fälle den armen Sparrern nicht beholfen.

Da keine Aussprache seitens der Versammelten gewünscht wurde, schloß der Vortragende nach Annahme der gestern schon veröffentlichten Entschließung die rubig verlaufene Versammlung.

Verband der Fabrikarbeiter
Am Sonntag, den 15. Februar, fand unsere Generalversammlung statt. Dieselbe setzte sich zusammen aus den Betriebsvereinigungen und Vertrauensleuten. Der Bericht erstattete Kollege Karle. Unter dem wirtschaftlichen Niedergang im verflochtenen Jahr hatten wir schwer zu kämpfen. Es zeigt sich aber auch die Tatsache, daß bei den meisten Arbeiterkategorien, wo Gleichgültigkeit und Schindeln gegen ihre eigene Führer und Austritte aus der Organisation auf der Tagesordnung waren, die Löhne am weitesten zurückgeblieben sind. Nichts ist für die Unternehmer willkommen als Selbstverleugung innerhalb der Arbeiterchiff. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß eine aufklärerische, vom Vertrauen zu ihren Führern getragene Gewerkschaft in der Lage ist, tatsächlich die Interessen der Arbeiter zu vertreten und dadurch den Arbeitgebern mehr imponieren, als alle radikalen Lebens-

arien es vermögen. Ein Beispiel sei uns Ludwigshafen durch die Gründung des kommunikativen Industrieverbandes. Ein großer Teil der dortigen Arbeiter ist heute indifferent. Der Verband der Fabrikarbeiter ist heute trotz aller Gegenwehr von Unberufenen auf dem Wege zur alten Stärke und Macht. Die Arbeitszeitverordnung vom 13. Dezember 1923 und der hiernach erfolgten Nachsprüche in der Arbeitszeitfrage für einzelne Industrien nahm im Bericht einen breiten Raum ein. Die Arbeitgeber haben es ausgezeichnet verstanden, durch das Darniederliegen der Industrie sich Vorteile zu verschaffen. Waren doch die Gründe für die Verlängerung der Arbeitszeit sehr fadenförmig und mitunter so, daß man das Gefühl nicht los wurde, die Unternehmer lebten ihren Gründen selbst fremd gegenüber. Man mußte und wollte vor allen Dingen die Konjunktur ausnützen. Auch das Verhalten mancher Gewerkschaften von Unorganisierten grenzt an Arbeiterverrat. Um all die Arbeiter zu bewähigen, waren 125 Verhandlungen und 41 Sitzungen mit Betriebsvertretungen notwendig. Lohnverhandlungen der verschiedenen Industrien hatten wir 61, wo zu endgültigen Entscheidungen in 22 Fällen entweder sogenannte Tarifämter oder der Karlsruher Schlichtungsausschuß angerufen werden mußte.

Die Vorarbeiten zur diesjährigen **M a f e i e r** sollen fröhlich getroffen werden. Allgemein gebilligt wurde der Beschluß des Hauptvorstandes über Abhaltung von Bildungsversuchen, die im Monat Mai stattfinden. Durch eine Kundmachung seitens der Verwaltungsstelle werden wegen der Betriebsaufhebungen gemacht. Zum Schluß richtete der Vorsitzende Kollege Fehler an die anwesenden Delegierten die Bitte, genau so mitzuarbeiten, wie dies bisher der Fall war. Engster Zusammenhalt der Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften werden arbeitsfähige Elemente unmöglich machen. Wenn ein jeder auf seinem Platz seine Pflicht erfüllt, muß es gelingen, den Fabrikarbeiterverband am bisherigen Ort wieder zu einem starken Machtfaktor zu machen. L. K.

Festballekonzerte. Wer am kommenden Sonntag, 22. ds. Mts., dem an diesem Tage herrschende Föhnwindströmung getrieben entfliehen will, der komme in die Festhalle zum 2. humoristischen Konzert der Harmoniekapelle unter Leitung Hugo Kuboldts. Schon ein flüchtiger Blick auf das morgensehene große Programm läßt allerlei Ueberraschungen erwarten. U. a. wird die vor 14 Tagen mit so großem Erfolg aufgeführte Programmnummer: „Müdenbergers Nachsprüche“ auf vielseitigen Wunsch wiederholt. Wer also recht von Herzen lachen will, der komme am Sonntag mit zum Festballekonzert.

Einführung in die Waldorfschulpädagogik. Man schreibt uns: Nach dem großen Interesse, das sich bei dem Vortrage von Rektor Pöschel-Breslau am 27. Januar für die Erzieher der freien Waldorfschule in Stuttgart gezeigt hat, wird der von dem Verein für ein freies Schulwesen (Waldorfschulverein) zur Vertiefung und Fortführung der gewonnenen Anregungen für einen besonderen Interessentenkreis in der Ortsgruppe beabsichtigte Studententum nunmehr in Form von öffentlichen Vorträgen aus der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Unter dem Gesamttitle: „Einführung in die Waldorfschulpädagogik“ werden diese Vorträge in den nächsten Wochen von Lehrern der Schule hier gegeben werden. Schon am Samstag, den 21. Febr., wird zum Beginn Herr Dr. v. Baraballe im großen Chemie-Hörsaal der Techn. Hochschule abends 8 Uhr über das Thema sprechen: „Der Aufbau des Unterrichts nach den Entwicklungsstufen des Kindes“. Siehe auch die Anzeige in der heutigen Nummer.

Arbeiterbildungsverein. In sämtlichen Räumen seines Vereinshauses (Wilhelmstraße 14) gibt der Verein heute abend eine farnevalistische Veranstaltung, die gemütliche und humorvolle Stunden bringen wird. Die Mitglieder und Freunde des Vereins seien auf diese Veranstaltung nochmals aufmerksam gemacht.

Reifens-Vorleseabend. Potasch und Berlmutter. Ein Lustspiel aus der Konfektion. Die Welt der Konfektion beweist nicht nur ihre Zauberkräfte für die allseitig schuldbedürftigen Frauen, auch die Literatur hat sich ihre Reize aneignen lassen. Selbst die Bühne wagt sich dieser Reize der Konfektion zu und im Film ist eine Modechau eine beliebte Nummer. Hier im Film aber, wo wir das Werden, Bestehen und Blühen einer berühmten Konfektionsfirma in allen Details miterleben, tut sich das ganze Drum und Dran der Konfektion auf und namentlich ist dem Laien ein eingehender Blick hinter die Kulissen gestattet. Jeder kommt auf seine Rechnung. Es steckt soviel wirklich bewundernder Humor in dem Film, daß ihm überall ein nicht minderer Erfolg beschieden war, wie dem gleichnamigen Theaterstück. Die Rollenbesetzung ist eine glückliche. Potasch und Berlmutter, die beiden freitragenden und doch einander so anhänglichen Compagnons, sind glänzend illustriert. — Im Beiprogramm: „Felix und die Wohnungsgenossenschaft“. Schier unerträglich sind die komischen Situationen, die dieser fesselnde Mater heldenhaft bewältigt.

Kulturfreunde, Gau Baden. Die Ortsgruppen werden gebeten, das neue Nachrichtenblatt bei Buchbinder Nothher, Wilhelmstraße 30 in Empfang zu nehmen.

Der heutige Nummer des „Volk und Zeit“ ist die achtseitige Bilderbeilage „Volk und Zeit“ der 8. Woche beigegeben.

MAGGI Würze
gekauft in Originalflasche Nr. 6
(mit Plombenverschluss!)
und dann nach Bedarf

aus der großen

in die kleine MAGGI-Flasche
nachgefüllt, ist für die Hausfrau

am vorteilhaftesten.

50. Goldenes Arbeitsjubiläum. Herr Schlosser Sigmund Müller, bei der Firma Junfer u. Ruh, kam am Montag auf eine 50-jährige Tätigkeit bei genannter Firma zurückblicken. Am 23. Februar 1875 trat er bei der Firma Junfer u. Ruh ein, wo er — abgesehen von einer zwangsweisen Unterbrechung während des Krieges — bis zum heutigen Tage beschäftigt ist. Seine Geschäftskollegen werden dieses seltene Jubiläum dementsprechend würdigen. Der Jubilär ist aber auch ein alter Gewerkschaftler, ein zuverlässiger Kämpfer für die Arbeiterfrage, sowie ein treuer jahrzehntelanger Abonnent des „Volksfreund“. Er hatte früher als der „B.“ nach in Offenburg gedruckt worden ist, die Filiale Mühlburg beurlaubt und sich stets für die Verbreitung unseres Blattes eingesetzt. Neben seinen Kollegen gratulieren auch wir dem Jubilär und wünschen ihm einen frohen Lebensabend.

8. Sozialdemokratische Partei — Bezirk Weistadt. Die Versammlung sollte in Anbetracht des interessanten Vortrags besser besucht sein. Obwohl Genosse Dr. Lehmann infolge Verhinderung nicht sprechen konnte, hielt an seiner Stelle Genosse Regierungsrat Weichmann einen gut ausgearbeiteten Vortrag über Sowjet-Rußland an der Hand des Buches von Arthur Soliticher, welcher im Auftrag der United Press in Amerika eine dreimonatliche Reise unternommen hatte, gab Gen. Weichmann, ausgehend von der russischen Verfassung ein Bild über Sowjet-Rußland. Heber den Vortrag wurde ja schon berichtet, sodas es sich erübrigt, darauf näher einzugehen. In der Diskussion sprachen Gen. Wüstner, Genossin Schneider, Gen. Krauß, Schred, Müller, Gen. Kunge. Im Schlußwort ging Gen. Weichmann auf gestellte Fragen ein, welche besonders die Erziehung der Kinder und Schulfragen betrafen. Auch diese Versammlung kann als ein Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus gedeutet werden.

(1) Der diesjährige Bundesstag des Südbundes der Eisenbahner findet in hiesiger Stadt statt und zwar im August oder September.

(2) **Gesellschaftsverlegung.** Die Geschäftsstelle der Badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung G. m. b. H. bisher Mathisstraße 33, befindet sich seit einigen Tagen in den vollständig neu hergerichteten Räumen des der Stadt gehörigen Gebäudes der Lehrheimstr. 10 nächst dem Konzerthaus. Die Vorführungen finden schließend nach wie vor im Konzerthaus statt. Die Gesellschaft ist untermehr mit Nr. 4560 und 4561 an das Fernsprechnetz angeschlossen (seit 2700).

Dr. Fischers Musikalische Kammbien geben für den Opernseil des Theaters eine des, was für das Schauspiel die Kammerspiele bedeuten: Kunst, nur bestmögliche Mittel in billigerer Wiederholung. Aus verfaulten Rechnen heit das bekannte Berlin-Jülicher Unternehmen seit Jahren künftige Schätze heraus. Der Verein bildender Künstler in Karlsruhe hat sich ein Verdienst um die Belebung der Darbietungen erworben, indem er am 4. und 5. März in seinem schönen Saal die allgemein jugendliche Aufführung von sechs musikalischen Kammbien von Gluck, Offenbach, Dittersdorf, Fischer, Reichardt und Marschner herausbringt. Das Personal der Künstlertruppe ist von seinen früheren Vorstellungen in früheren Jahren als vortrefflich bekannt. Im übrigen werden wir noch auf die Veranstaltung zurückkommen. (Siehe die Anzeige.)

Im Kaffee Wäber, Waldhornstraße, findet Sonntag nachmittags 10 Uhr wie jeden Abend Künstler-Konzert der Kapelle Schwalbach statt.

Karnevalsgeellschaft „Fidèle Geister“. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens vortrefflicher Geellschaft findet am Sonntag, 23. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Saal des „Apollo“ große Jubiläum-Damen- und Fremdenfeier statt, wozu jedermann freundlichst eingeladen ist. Es stehen sehr unterhaltende, humorvolle Stunden bevor.

Größer Maskenball des Gefangenenvereins „Sabena“ e. V. Rosenmontag, 23. Februar, abends 8 Uhr, in sämtlichen Räumen der Festhalle, Großer Maskenball. Für die originellsten Masken sind wertvolle Preise und zwar: 2 Gruppen-3 Damen- und 3 Herrenpreise vorsehen. Dieselben sind im Zigarrogengeschäft der Firma Herrn. Neufel, Kaiserstraße 141, am Markt, ausgestellt. Im großen Saal 2 Ballorchester, im kleinen Saal Ball (Streichorchester) mit Kabarettelagen — hervorragende Künstler — im Bierstübel Vodierzeit mit Schrammelmusik. Die Vereinsleitung hat dafür Sorge getragen, daß jeder Teilnehmer frohe und vergnügliche Stunden erleben wird. Alles Nähere siehe Inserate dieses Blattes und Plakatsäulen.

Aus den Vororten

Rinheim. Am Samstag, 21. Febr., abends 1/8 Uhr, findet im „Erbrüngen“ eine öffentliche Versammlung statt zwecks Gründung eines Arbeitergefangenenvereins. Stadtrat Lappert wird einen Vortrag halten über „Wege und Ziele der Arbeitergefangenenbewegung“. Alle Anhänger und Freunde des freien Gefangenen sind zu dieser Versammlung eingeladen und werden um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Aus dem Freistaat Baden

Hg. Schmitt-Breiten

Wer den bekannten deutschnationalen Abgeordneten Schmitt aus Breiten kennt, der weiß, daß man sich von ihm im politischen Kampfe alles gedulden kann. Was er sich aber am verflochtenen Mittwoch abend in öffentlicher Sitzung des badischen Landtags leistete, als die förmliche Anfrage über das feinerzeitige Verbot des deutschpöbelischen „Süddeutschen Volksblattes“ in Breiten verhandelt wurde, übersteigt alles bisher von diesem Parlamentarier und Politiker Gehörte. Er bezeichnete den Beamten, welcher dem Minister des Innern das Verbot des „Süddeutschen Volksblattes“ vorgeschlagen, als unfähig; er fuhr dann fort: „Ist er aber fähig, dann ist er ein Verbrecher!“ Dieser unerhörte Ausbruch und die darin enthaltene Beleidigung eines Beamten des Ministeriums des Innern erfuhr sofort durch entrückte Kunde von allen Seiten des Hauses die gebührende Zurückweisung. Der gesamte Landtag — natürlich mit Ausnahme der deutschnationalen Fraktion — empörte sich über diese üble und beleidigende Charakterisierung eines Mitarbeiters des Innenministers. Dieser selbst rief in begrifflicher Entrüstung dem dreifachen Breitenrechtswort ein „Fui Teufel!“ zu; er hatte mit diesem treffenden Ausdruck fester die durch Schmitt geschaffene Situation am klarsten und kürzesten gekennzeichnet. Dabei muß man sich in Erinnerung rufen, was denn eigentlich zum Verbot des Pöbelblattes geführt hat.

Ein am 29. November 1924, also 8 Tage vor der Reichstagswahl, von einem Eugen Bruchardt-Münchheimer verfaßtes und im „Süddeutschen Volksblatt“ zum Abdruck gebrachtes „Gedicht“ lautete in seinem Schlußvers: „Kann ein Deutscher Achtung haben vor dem Schmutz solcher Schwach. Vor dem schwarz-rot-goldenen Lappen, welcher Deutschlands Glück zerbrach? Nein! Vom Rheinwall bis zum Meer. Treue uns der Heimat Rot. Unter's Banner deutscher Ehre. Zu den Farben Schwarz-Weiß-Rot.“

Da dem schwarz-rot-goldenen Lappen waren natürlich die Reichsfarben bzw. die Farben Schwarz-Rot-Gold gemeint. Das leugnete jedoch der Hg. Schmitt. Es war ja fast lustig, mit anzuhören, wie er den, natürlich verhehlten, Versuch machte, die Bezeichnung: Schwarz-rot-goldener Lappen als keine Herabwürdigung achten zu lassen. Denn bei dem Zusammenbruch 1918 habe Schwarz-Rot-Gold noch nicht als Reichsfarbe gegolten. Und zudem sei Schwarz-Rot-Gold inwärtigen eine Parteifarbe geworden, weil in neuerer Zeit das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet worden sei. Mit dieser klaglichen Ausflucht hatte der deutschnationalen Schwärzer kein Glück, denn daß der angeführte Vers eine Beleidigung der Reichsfarben bedeutete, ist ganz selbstverständlich, und das Ministerium hatte durchaus recht als es das „Süddeutsche Volksblatt“, gestützt auf die entsprechenden Paragraphen des Republikstrafgesetzes, auf die Dauer einer Woche verbot. Da die ganze Angelegenheit — sie vielle, wie schon bemerkt, Ende November 1924 — zeitlich längst überholt war, sollte die Einbringung der förmlichen Anfrage nur die nachträgliche Veranlassung zu den beabsichtigten Angriffen auf den sozialdemokratischen Minister des Innern geben. Wir kennen ja unsere Bohlenheimer, und kennen

die Schmitt-Breiten und Genossen zur Genüge aus ihrer täglichen Betätigung gegen die Republik im allgemeinen und die Sozialdemokratie im besonderen.

Aber der Interventions-Schutz traf nicht den badischen Innenminister, sondern er brallte, und zwar recht kräftig, auf den parlamentarischen Schützen zurück. Schmitt-Breiten hatte die Anfrage-Sache, wie selbst politisch ihm naheliegende Kreise wie der Hg. Weber am Mittwoch abend feststellten, glattweg „verloren“ und dadurch einen schlechten Anlaß zu den anderen förmlichen Anfragen, die ebenfalls an das Ministerium des Innern gerichtet waren, gegeben. Zunächst fanden die hyperpatriotischen Deutschnationalen nur bei den ihnen sonst schwer verhassten Kommunisten die nach der Geschäftsordnung notwendige Unterstützung. Die Deutschnationalen waren nur in der Stärke von 5 Mann vertreten, es sind aber 7 Abgeordnete notwendig, damit eine förmliche Anfrage zur Beipredung kommen kann. Die fehlenden 2 Abgeordneten stellten die — Kommunisten. Die parlamentarischen Vertreter dieser „Arbeiterpartei“ schämten sich nicht, der deutschnationalen Fraktion des badischen Landtags politische Steigbügeldienste zu leisten. Man ist ja von den Ritter und Genossen nahezu fast alles gewöhnt.

Mit Unterstützung dieser „Freunde“ von links zog Schmitt-Breiten in den Kampf und leitete sich die schon angekündigte gemeine Attacke gegen einen badischen Beamten. Aber er machte schließlich einen schändlichen Zurückzieher; er wollte nur den Presse-Referenten des Ministeriums des Innern gemeint haben. Minister Kemmerle nahm ihm aber auch hier den Malitionsstoff aus den Segeln, indem er feststellte, daß auch die Presse-Referenten des Ministeriums Staatsbeamte seien und durch die Angriffe des Hg. Schmitt-Breiten getroffen würden. Ein Vorwurf, wie ihn Schmitt erhoben habe, sei einem Beamten im badischen Landtag noch nicht gemacht worden.

Was Mißerfolg auf der ganzen Linie für den freibleibenden deutschnationalen Interventionskämpfer, der bekanntlich schon vor dem Kriege dem badischen Landtag angehört und schon damals ein geschäffter Genosse unserer Partei war. Dieses schätzbare Handwerk legt Schmitt-Breiten, seit er nach dem Kriege wieder dem Landtag angehört, fort. Mit welchem Ausgange hat der Mittwoch abend bemieten. Der politische Rückfächerer, wie Schmitt sie treibt, wird deshalb innerhalb und außerhalb des Landtags scharf auf die Finger gesehen. Ihre Erfolge gegen das Heben im umgekehrten Verhältnis zum Aufwand ihrer maßlosen Angriffe gegen die Sozialdemokratie und deren beruhten Vertreter in leitenden Staatsstellen.

Bereinsanzeigen

- Karlruhe.**
- Gefangenenverein „Lassalle“** Morgen Freitag nachmittags 4 Uhr gemächliches Beisammensein bei Mitglied Köhler zum „Lamm“ in Mühlburg. 1485
- Naturfreunde Gau Baden.** Die Ortsgruppen werden gebeten, das neue Nachrichtenblatt bei Buchbinder Kötter, Wilhelmstraße 30, in Empfang zu nehmen. 1487
- Freie Turnerische (Winter- und Sommer-Abt.).** Sonntag Winter-Treffpunkt Sonntag vorm. 9 Uhr Sand. Abfahrt Samstag 6 Uhr und Sonntag morgen 6:00 Uhr. 1491
- Arbeiter-Schülerverein.** Sonntag vorm. 1/10 Uhr Schützen im „Jägering Löwen“. Jede Jägering- und Aderstraße. Gleichzeitig dieselbe Vorstandswahl, wozu hiermit sämtliche Vereinsmitglieder eingeladen sind. 1490

Unsere Filialinhaber

welche den „Volksfreund“ durch die Post überwiesen erhalten wollen die für März benötigte Bezugszahl (Erwerbssätze und Bollarbeiter getrennt) spätestens bis zum Dienstag, den 24. Februar, ausmitteln. Die übrigen Filialen längstens 28. Februar. Verlag des „Volksfreund“.

Gerade für Wollwäsche-

Persil

Jumper, Westen, Strickkleider, all die modernen Sachen in Ihren mannigfaltigen Arten und Farben, lassen sich hervorragend mit Persil waschen; sie werden prachtvoll im Aussehen und behalten die Form. — Man wäscht Wollsachen natürlich immer handwarm.

Wegen Umstellung des Geschäftes

Total-Ausverkauf

Mein ganzes Lager in ausschliesslich besten Strapazier- und Qualitäts-Schuhwaren wird zu **spottbilligen Preisen** vollständig geräumt. — Es ergreife jeder die seltene Gelegenheit, **prima Schuhwaren** zu einem Bruchteil des normalen Wertes zu erwerben.

Schuhhaus Haller

Kaiserstrasse 60.

Ettlingen Arbeiter kaufen ihre 143 bl. Arbeitskleider, Hosen, Windjacken, Anzüge, Mäntel, Regenmäntel, Sommermäntel, Herren u. Damen Kleider, Strögen, Arbeitskleider, Hosenröcke und Anzüge, bei **P. Sommer**

Drucksachen aller Art liefert schnell und billig Buchdruckerei „Volksfreund“

Liföre halb so teuer



wenn Sie, wie schon Ihre Eltern und Großeltern es taten, sich Ihre Schokolade mit den echten Reichel-Essenzen selbst brauen. Sie können sich dann jeden, auch den halbarsten Schokolade leisten und in vollen Zügen genießen. Machen Sie keine neuen risikanten Versuche, bestehen Sie auf „Reichel-Essenzen“, die allerberühmte Marke, die vollwertige Qualität und gutes Gelingen verbürgt. Erhältlich in Drogerien und Apotheken. Dr. Reichel's Spezialitäten-Bücherei umsonst, aber kostenfrei durch Otto Reichel, Berlin 30, Eisenbahn-Str. 4. Reichel-Essenzen — Die Marke der Renner.

Karlsruher Polizeibericht vom 21. Februar

Unfall. Gestern mittags stürzte ein 47 Jahre alter Maurer aus Leosoldshausen in einem Anwesen der Grünwintlerstraße...

Valuta

nach dem Berliner Geldkurs vom 20. Februar 1925. In Auszahlung: Belgien 21.13 M per 100 belg. Fr. ...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Sonntag, 22. Febr.: Auch in der Ebene Nachfröste, auf den Höhen meist heiter, in den Ebenen neblig, trocken.

Wasserstand des Rheins

Schufstein 55, gef. 2; Rehl 179, gef. 5; Maxau 350, gef. 7; Mannheim 251, gef. 4 Zim.

Kleine badische Chronik

Mannheim. Eine aufregende Szene spielte sich am Freitag früh auf dem hiesigen Hauptbahnhof ab. Ein 49jähriger Arbeiter war aus den Räumten des Hauptbahnhofes...

1. Gundecklingen bei Freiburg. Die entlarvten Ochsen diebe. Im Jahre 1919 wurden einem hiesigen Landwirt ein Paar Ochsen aus dem Stall gestohlen...

Sädingen. Die Seidenbandwebereien auf dem Höhenwald, die seit etwa 40 Jahren der Bevölkerung dieses rauhen Berglandes Verdienstmöglichkeiten gaben...

Schenach. In Rohrbachsdorf hat sich beim Holzschleifen ein schwerer Unfall ereignet, der ein Menschenleben gekostet hat. Der Sägewerksbesitzer Baaner aus Oberprechtal...

Waldbühl. In Altsiedberg brannte das Anwesen des Landwirts Ebner innerhalb 2 Stunden bis auf den Grund nieder. Es konnte fast nichts gerettet werden.

Lörrach. Aufgabehobes Verbot. Bis jetzt bestand auf einzelnen Straßen des Bezirks Lörrach ein Sonntagsfahrverbot für Kraftwagen.

Die Fleischversorgung von Baden und der Pfalz. Ende vorigen Jahres wurde in pfälzischen Zeitungen darüber geflügelt, daß die badische Regierung den pfälzischen Metzger den Ankauf von Vieh in den badischen Ortsgemeinden untersagt habe...

Neue Lebensmittelkategorien sollen diesen Sommer in den badischen Wagenpark einstellt und dem Verkehr übergeben werden. Die Fahrzeuge, die eine Kettenlänge von ca. 10 Meter haben, gleichen Eisellern auf Rädern.

werden. Die Fahrzeuge, die eine Kettenlänge von ca. 10 Meter haben, gleichen Eisellern auf Rädern. Die Doppelwände der Wagen sind mit einer 120 Millimeter dicken Isolierplatte ausgefüllt...

Letzte Nachrichten Deutschland für die „Lusitania“-Schäden verantwortlich

Washington, 19. Febr. (Buntspruch). Der Obmann der deutsch-amerikanischen Kommission gab als Entscheld dieser Kommission bekannt, Deutschland sei verpflichtet, die Schäden zu ersehen, die in Amerika lebende Angehörige englischer bei der Versenkung der „Lusitania“ ums Leben getommener Untertanen erlitten haben.

Vollzählung 1925

Berlin, 18. Febr. Im Reichsrat widmete der Vorsitzende, Reichsinnenminister Schiele, den Opfern des Verwerfungskampfes einen Nachruf, den die Mitglieder des Reichsrats stehend anerkennen. Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Gesetzentwurf angenommen, durch den der Reichswirtschaftsminister zur Vornahme einer Volkszählung im Jahre 1925 ermächtigt wird.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Robert Baruch, alt 65 Jahre, Ehefrau von Israel Baruch, Kantor. Hermann, alt 45 Minuten, Vater Franz Meyer, Schmied. Daniel Reinhard, Landwirt, Ehemann, alt 61 Jahre.

ROB GEGRÜNDET. Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäftlichen Verkehrs und sichern pünktliche Erledigung der uns erteilten Aufträge zu. Für Spareinlagen gewähren wir bestmögliche Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe mit Depostenkasse am Bahnhofplatz und Niederlassung in Mülburg.

Karmelitergeist Amol. Beliebtes Haus- und Einreibemittel. In Apotheken und Drogerien erhältlich.

Pfannkuch, Dörrobst, Pflaumen, Birnschnitz, Kranzweigen, Pfannkuch. Preise: 36 Pf., 42 Pf., 52 Pf., 35 Pf., 44 Pf.

Mäntel, Kleider, DANIELS Konfektionshaus, Wilhelmstr. 36, 1 Tr. (keine Ladenspesen, Personalspesen)

Für Brautleute! Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer, Küchen-Einrichtungen (mod., hübsche Formen), Einzelmöbel, Polsterwaren, Betten etc. Möbelhaus Karl Epple, Steinstraße 6, Telephon 1581

Druckarbeiten aller Art liefert die Buchdruckerei „Volkfreund“, Luisenstraße 24. Durlacher Anzeigen. Fastnacht. Anordnung. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird für die Fastnachtzeit 1925 folgende Anordnung erlassen:

Konsumverein Durlach und Umgegend. Wir empfehlen unseren Mitgliedern zur Fastnacht: Spezialmehl 0, Pflaumen, Ringäpfel, Aprisofen, Birnen. Durlacher Stolz, Rahma, Margarine, Mischobst, Ringäpfel, Pflaumen, Aprisofen, Birnen.

Frauenwelt durch die Volksbuchhandlung Adlerstraße 43. Pfannkuch, Dörrobst, Amerikanische Dampfäpfel, Kalifornisches Mischobst, Kalifornische Aprikosen, Pfannkuch. Preise: 90 Pf., 60 Pf., 1.30 Pf.

„Hensola“

HENSELS Palmkernbutter

100% Fett
rein & geschmeidig

Das 1/2 Pfund nur 40 S zum Braten Backen Kochen

Erhältlich in allen besseren Lebensmittelgeschäften

Alleiniger Hersteller: **Gebr. Hensei**, Karlsruhe i. B. — Telefon 71 und 571.

Das Offenhalten der Preiskurven am Fastnachts-Donnerstag betr. Das Badische Gewerbeamt hat hier mit Entschiedenheit vom 18. Februar 1925 den Preisen und Berrückenmachern geteilt, die Preiskurven am Sonntag, den 22. Februar 1925 in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags offen zu halten.

Sie machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß damit lediglich die Berrückung der mit den genannten Gewerben zusammenhängenden Arbeiten geteilt werden ist, daß aber der Verkauf irgendwelcher Waren, (Zigaretten, Zigaretten, Zigaretten u. dergl.) auch in diesen Geschäften verboten ist.

Karlsruhe, den 20. Februar 1925. OZ 18
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Achtung!  **Achtung!**

„Zum Philister“, Baumeisterstraße.
Sonntag — Montag — Dienstag

Großes Schrammel-Konzert
der Apachen- u. Siouxkapelle, wozu ergebenst einladet
W. Toberer, genannt „Schwobewille“

Alles lacht — alles schaukelt — alles schleibt

Div. Speisen u. Getränke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Auf Grund des § 4 unseres Ortsstatuts berufen wir auf **Sonntag, den 8. März, 9 1/2 Uhr** vormittags nach Karlsruhe im großen Saal des Friedrichshof, Karl Friedrichstraße unsere diesjährige **Generalversammlung**

ein.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- u. Kassenbericht über das Jahr 1924
2. Reibwahl der Ortsverwaltung
3. Besprechung der eingegangenen Anträge.

Anträge zur General-Versammlung sind bis spätestens **Freitag d. 7.**, den 4. März bei der Ortsverwaltung einzusenden.

1478
Die Ortsverwaltung.

Buchereien

empfiehlt

Riesen-Salzheringe
Stück 7 Pfg.

Bismarckheringe

Kollmopfe

Sering in Gelee
Liter-Deje
Mk. 1.10

Buchereien

H. Tintelotti, Karlsruhe

Empfehle mein reichhaltiges Lager in **feinen Solinger Stahlwaren**
wie Taschenmesser, Tischbestecke, Scheren, Alpacabestecke und meine **la Rasiermesser**
eigener Fabrikation sämtliche **Rasierutensilien.**
H. Tintelotti, Rasiermesserhohlschleifer
Amalienstr. 43 Tel. 4182

Badisches Landestheater

Sonntag, 21. Februar,
Theat.-Nr. 4001/4400,
5101/5300
Der böse Geist
Lumpazivagabundus
oder
Das liederliche Kleeblatt
Jahresposse mit Gesang
in 3 Akten von R. Hellmuth,
Musik von R. Müller. In
Szene gesetzt von Felix
Dambach. Musik. Leitung:
Max Schlager.

Personen:

| | |
|-------------------|--------------|
| Stellarius | Fräulein |
| Anton | Fräulein |
| Juliane | Fräulein |
| Amorosa | Schneepflug |
| Wahltag | Gemmede |
| Platz | Groß |
| Platz | Santen |
| Lumpazivagabundus | Dahlen |
| Ein Vertretungs- | Wetti |
| schaffmann | Wolke |
| Jim | Müller |
| Anton | Derz |
| Signora Falbiti | Genter |
| Amalia | Bei low |
| Yana | Schneepflug |
| Nobelmann | Wolke |
| Rebbit | Wolke |
| Gertrud | Frauentorler |
| Möserl | Clement |
| Sanich | Schneider |
| Strandl | Weng |
| Amalia | Hobel- |
| mann | Müller |
| Ein Hausierer | Müller |

Auf. 7. Ende u. 10 Uhr
Sperre 1. Abt. 4.50 Mk.

WO? In der Näh-
Centrale, Berberplatz 40
Spezialgeschäft für alle
Schneid-, Schab-,
Schneider- und Sägen-
haltungs- Nähmaschinen
sowie ich meine Nähmaschine
reparieren 519

Zuverlässiger tüchtiger
Maurer polier
mit Erfahrung im Eisen-
betonbau für sofortige
Angebote unter Nr. 1471
an das Volksfreund. erb.

In 30 Minuten
Ihr Paßbild
an der Photogr. Atelier
Kaiserstr. 50. Eing. Adlerstr.

Chateaufongues
alle Arten Pastetecken,
Konserven, sowie Me-
reuxarten auf und billig
Kammerer
24 Erdbrunnenstraße 24

Badischer
Volkskalender
1925
Preis 50 Pfennig
zu haben in der
Volks-
Buchhandlung
Adlerstrasse 43
Telephon 3701
und den Zeitungs-
Trägerinnen.

Sonntag, 22. Februar,
F 16 25. G. 3701 — 4000
Neuinstudiert:
Soccaccio
Komische Oper von Suppé
Musik. Leitung: Schw. ppe
In Szene gesetzt v. Buschard.

Personen:

| | |
|--------------------|------------------------|
| Giovanni Soccaccio | Hoffmann-Dreher |
| Pietro | Hängeld-Freiburg a. G. |
| Scalza | Wah |
| Beatrice | Wah-Neumann |
| Lotteringham | Wah |
| Nabella | Wah |
| Lambertuccio | Wah |
| Bernonella | Wah |
| Rometta | Wah |
| Leonetto | Wah |

Auf. 6 1/2, 11. Ende u. 1/2 10 U.
Sperre 1. Abt. 7. Markt.

Konzerthaus.
Zum erstenmal:
Der wahre Jakob
Schwank in 3 Akten von
Arnold u. Bach. In Szene
gesetzt von Weng.

Personen:

| | |
|-------------------|----------|
| Peter Straube | Müller |
| Mika | Genter |
| Lotte | Kallé |
| Geheimrat Stübgen | Kallé |
| Wette | Gemmede |
| Helmut | Fräulein |
| Fred | Groß |
| James Ellison | Wetti |

Anfang 7 Uhr Ende 9 Uhr
Sperre 1. Abt. 3.80 Markt.

Rohrstühle
werden dauerhaft gelocht,
u. repariert. **Joseph Keis**,
Stuhlleichter, Eisen-
straße 46. Karte gebührt

„Krokodil“ Karlsruhe

fastnachts-Donnerstag ab 11 1/2 Uhr morgens:

frühschoppen-Konzert

fastnachts-Donnerstag, -Montag, -Dienstag ab 8 Uhr abends:

Großes Faschingskonzert

Ausschank von Münchener Löwen-
bräu Märzenbier direkt vom faß
J. Möloth.

Frauenhaare.
Estar Deder Haarhandl.

„Zum gold. Hirsch“ Kaiserstr. 129
Sonntag, den 22. Februar 1925:
Großes Frühschoppen-Konzert
mit **Wobler-Kassant**
der Brauerei Schremp-Bein.

Bringe meine gute bürgerliche Küche, sowie
Mittagsgericht in und außer dem Abonnement
in Empfehlung. 1484

Es ladet ein **Rif. Gög u. Fran.**
Die Verwaltung.

LASSALLIA
KARLSRUHE
1895

Unsere Mitglieder hiermit die traurige
Mitteilung, daß unser Mitglied
Josef Melamet
Spezialfänger a. 2.
und durch den Tod entzogen wurde. Die
Beerdigung findet Sonntag nachmittags
2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.
Die Sargträger treffen sich halb 2 Uhr am
Friedhofeingang. Um zahlreiche Betei-
ligung bittet
Die Verwaltung.

Augenkünstler kommt!

Ich halte mich vom 26. 28. Februar
in Karlsruhe auf, um Augen nach
der Natur unter Anwendung der
allerneuesten Technik, wie große
Beweglichkeit, anzuheilen
und einzubilden.

In sprechen im
„Hotel Nassauer Hof“
Kriegstraße 88.
Carl Müller, Jena.



Plakate
aller Art liefert rasch
und billig
Buchdruckerei
Geck & Co., Linsen-
straße 24. Teleph. 128

Ihr
Gang nach
Mühlburg
lohnt sich!

Nur Philippstrasse 19

Möbel- und Battenhaus

Heinrich Karrer

Grosse Auswahl in
Gutbürger' Wohnungs-Einrichtungen
und Einzel-Möbel.

Kein Laden — daher billige Preise.

Zahlungs-Erleichterung.
Freie Lieferung nach auswärts per Autos.

Warum

genießt eine Frau mehr
Muße, warum hat sie weni-
ger Arbeit, wenn sie Sunlicht Seife
gebraucht. Die Antwort ist einfach:
Sunlicht Seife
ist reinste Seife, sie reinigt von
selbst und erhält die Wäsche; sie er-
spart der Hausfrau viel Mühe, harte
Arbeit und unnötige Flickstunden.



RUDI FELO

Reichhaltigstes Lager in **Bettfedern** und **Daunen** in allen Qualitäten von **160 Mk.** an

Fertige Deckbetten u. Kissen Inlett nur prima Fabrikate, am Stück Nähen und Füllen im Besein der Käufer ohne Berechnung! Versand frei!

Bettenhaus Buchdahl
Karlsruhe Kaiserstr. 164
Nähe Post 1219

Wir suchen tüchtige **Maschinenformer**

Bedingungen: langjährige Erfahrung, von Geburt Süddeutscher, verheiratet, möglichst zahlreiche Familie.

Geboten wird: guter Verdienst, Einfamilienhaus mit 4 Zimmern, Küche, Waschküche und Stall, außerordentlich gute Lage.

Bedingungen vom 21. bis einschließlich 23. ds. Mts. bei unserem Notar Herr Dr. Kraus, Schwannstraße 19. 210

Eisenwerk Delmenhorst
Aktiengesellschaft
Delmenhorst.

Bucherer empfiehlt

Schweine-Schmalz garantiert rein Pfd. 95 Pfg. und 105 Pfg.

Cocosfett Pfund-Tafel 64 Pfg.

Bachöl Ia Str. 1.30 Str.

Wischöl Pfd. 60 Pfg. und 78 Pfg.

Pflaumen Pfd. 42 Pfg. und 52 Pfg.

Dampfpfäfel Pfd. 90 Pfg.

Margarin

Birnschnitz Pfd. 52 Pfg.

Bucherer

Ernst Kratz
Waldstr. gegenüber der Hofapotheke

Rasierklängen bester Marken.

Rasierklängen, Messer, Schleiferei

Die Schwimmhalle des städt. Bierordbades ist ab Montag, den 23. ds. Mts. jeweils Montag und Mittwoch vormittags von 9-11 Uhr für Frauen geöffnet

Knorr-Suppen-Speisezettel

| | | |
|-------------|----------------|--|
| Montag: | Grünkern-Suppe | mit Knorr Suppenwurst. 1 Stück 35 Pfennig für 6 Teller Suppe. |
| Dienstag: | Blumenkohl- | |
| Mittwoch: | Tomaten- | |
| Donnerstag: | Pilz- | |
| Freitag: | Krebs- | |
| Samstag: | Spargel- | |
| Sonntag: | Ochsenschwanz- | |

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr die große Revue
Karnevalsträume

'Schmiede'
Der Film des Proletariats

Besuchen Sie bitte in Ihrem eigenen Interesse das

Baubund Möbelhaus
Karl-Friedrichstraße 22, am Rondellplatz.

Durch Großeinkäufe für unsere sämtlichen Zweigstellen in Baden bieten wir unserer werten Kundschaft aussergewöhnliche Vorteile beim Einkauf durch grösste Auswahl

Billigste Preise! Grösste Zahlungserleichterungen!

Lassen Sie sich vor jedem Möbeleinkauf von uns kostenlos beraten!

Baubund Möbelhaus
Bad. Baubund, G. m. b. H.
Karl-Friedrichstr. 22 (Rondellpl.), Fernruf 5157

Zur Frühjahrsausfaat

Sämtliche Gemüse- und Blumen sämereien, Klee- u. Grasamen, Runkelrüben (Eckendorfer Riesen), Mais, Welschhorn, Felderbsen und Wicken, sowie Hüll-Blumenzwiebeln, niedere und hochstehende Rosen, Johannis- und Stachelbeer

sind in guter Qualität und annehmbaren Preisen bei der

Samenthandlung Rast
in Knielingen, Hildstraße 3 zu haben. 1463

Sämtliche **Lebensmittel** kaufen Sie stets zu **Konkurrenz-Preisen** und nur erstklassigen Qualitäten bei den **„Kola“** Mitgliedern erkenntlich durch Mitgliedschild.

Badische Landwirtschafts-Bank
e. G. m. b. H. Karlsruhe Lautenbergstr. 3

Haftsumme 15 Millionen ::
Geschäftsanteile 1,5 Millionen

Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte

Annahme von Spareinlagen zu den günstigsten Zins-Bedingungen.

Schürzen in großer Auswahl für Damen und Kinder aus soliden Stoffen in jeder Modart, laufend billig, empfiehlt 1421

Frieda Stroß, Werberplatz 43 3. St.

Stittlinger Anzeigen. Das Arbeits- und Fürsorgeamt ist am Montag, den 23. Februar d. J. wegen Umzugs geschlossen. Von Dienstag, den 24. Februar an befinden sich alle Geschäftsräume im bisherigen Verwaltungsamt (ehemaligen Pfisterstamm) im alten Stittlingen, den 20. Februar 1925. Der Bürgermeister

Union-Theater
Der große Doppelspielplan!

Die Favoritin des Maharadchah
Filmspiel in 5 Akten
In der Hauptrolle: **Carmen Cartellieri.**

Außerdem:
Das Opfer der großen Welt.
Gesellschaftsdrama in 6 Akten. 1492

Voranzeige!
Ab Freitag, den 27. Februar 1925: Der größte Film dem Welt!
„Die 10 Gebote!“ 13 gewaltige Akte.

Aus der Mappe des kleinen Moritz.



„Gib mir den Groschen und ich gebe dir...“

Moritz meint natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** für die Zehen und **Lebewohl-Ballenscheiben** für die Fäussole, erhältlich in Blechdosen (8 Plaster 75 Pfg. in Apotheken und Drogerien.

1460

Herren-Artikel

| | | | |
|-------------------|---------------------|--------------------------|-------|
| Oberhemden | weiß | Stück 5.50 | 6.90 |
| Oberhemden | mit 2 Kragen, farb. | Stück 6.90 5.50 | 4.90 |
| Einsatz-Hemden | mit Piqué-Einsatz | Stück 2.95 2.30 | 2.10 |
| Nachthemden | aus prima Stoff | Stück 5.60 | 5.20 |
| Socken | einfarbig | Paar 40 3 Paar | 1.10 |
| Socken | bunt gestreift | Paar | 95 3 |
| Hosenträger | | Paar 1.10 0.95 0.85 0.75 | 0.65 |
| Schlafanzug | gute Qualität | Stück | 12.50 |
| Herren-Unterhosen | | Paar 2.30 2.20 2.10 | 1.95 |
| Herren-Hemden | wollgemischt | Stück | 2.95 |
| Sportkragen | Piqué | Stück | 25 3 |

Selbstbinder, breite Form eleg. Muster
Stück 1.95 0.95 75 3
1.60 1.40

Paul Burchard

"Friedrichshof"

Fastnachtsonntag, 22. Februar im Festsaal
Großer 3. d. U. Masken-Ball
Beginn 5 Uhr Ende 12 Uhr
Saalöffnung 1/2 Uhr

Erstklassiges Ballorchester.
Eintritt: Mitglieder 1.- Mk., Gäste 2.- Mk. einschl. Steuer uho.
Startenverkauf auf der Geschäftsstelle Karl Friedrichstr. 28 II und am Abend des Friedrichshofs. 1400

Pfannkuch
Stets frisch gerösteter
Kaffee
Bund von 300 Stk. an
Banko-Kaffee
auserlesene Mischung
1/2 Pfd. 90 Stk.
1/2 Pfd. 1 80 Stk.
Mehmer-Kaffee
auserlesene Mischung
1/2 Pfd. 1 90 Stk.
Befand nach auswärts.
Pfannkuch

FRIEDRICHSHOF

Fastnacht-Sonntag, 22. Februar, vormittags von 11-1 Uhr:

Frühschoppen-Konzert

Frische Bock- u. Schweinswürste, ff. Weine, Zwiebelkuchen
Menü für Sonntag zu Mk. 1.- (10 Karten 8.-)

Nach Wahl: Mailänder Suppe, Kalbsrouladen m. versch. Gemüsen oder: Schweinskeule auf Jägerart mit Kartoffelkiss oder Roastbeef mit Madelratunke pommes-frites und Salat.

Menü zu Mk. 1.70 (10 Karten 15.-)
Mailänder Suppe, Fischmayonnaise, Roastbeef m. Madelratunke, pommes-frites und Salat, Berliner Kraption oder Kuchen oder Käse. 1466

Abends 7 Uhr **Großes Konzert** Kapellen
bei freiem Eintritt
Reichhaltige Abendkarte mit verschiedenen Spezialitäten, ff. Singsp. Exportbier und Ratscherrbräu.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Hermann Stehlin.**

Seifenpulver-Seifen
Techn. Oele u. Fette
Schmieröl
Dötterbeck & Cie.
Karlsruhe, Baden.
Büro: Rudolfstraße 22 / Telefon Nr. 2466
Kleinverkauf.

Gefangverein Badenia e. V.

Freitag, den 23. Febr. abends 8 Uhr, in sämtl. Räumen der Gefhale

Großer Masken-ball

3 Ballorchester, Prämierung der originellsten Gruppen und Einzelkostüme, 2 Crapen, 3 Damen- u. 2 Herrenpreise.
Das Preisgericht besteht aus Herren, die dem Verein nicht angehören, Gruppen- u. Einzelpreisen, die auf Preise reflektieren, müssen spätestens um 1/2 Uhr im Saale anwesend sein.
Im Saale: Kabarettvorführungen, Ballmusik, Streichorchester, Bildkabinett im großen u. H. Saal. Ab 10 Uhr im Bierstübel **Bockbierfest** mit Schrammelmusik.
Nach der Preisverteilung Demaskierung Eintritt für Nichtmitglieder Mk. 3.- einschl. Steuer, Einlassgebühr und Taxa. An der Abendkasse Mk. 4.-, Vorverkauf außer bei den an den Verkaufsstellen bekannt gegebenen Stellen ab Sonntag, 22. Februar bei Stadigarneinehrmer Brunner, Wessert. Mitglieder bevorzugen wir auf die besonderen Befreiungsmöglichkeiten in der Vereinszeitung. Alles Nähere siehe Verkaufsstellen. — Einladige Karten und Postkarte (Baden, Badenbunden uho.) sowie Abendliche unter 16 Jahren werden rückständig zurückgegeben.

Gesang-Verein „Freundschaft“ Karlsruhe

Samstag, 21. Februar

Masken-Ball

in den unteren Räumen des Café „Nowack“
Der Vorstand.

Zum „Salmen“

am Ludwigsplatz 1488
Heute **Schweinsknöchel** mit Musik
Fastnachtsonntag, vorm. v. 11-1 Uhr
Urildeler Frühschoppen
Der schöne Fritz u. seine andere Hälfte.

Woll-Westen

besonders vorteilhaft!

Sportweste reine Wolle Mk. 9.00

Kinderweste

| | | | | |
|-------|------|------|------|------|
| Größe | 1 | 2 | 3 | 4 |
| Mk. | 3.90 | 4.90 | 6.40 | 7.40 |

Restbestände

besserer Westen u. Jumper weit unter Preis!

Paul Burchard

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Sonntag, den 22. Februar, vormittags von 11 bis 1 Uhr

Frühschoppen-Konzert

im Lokal zur Gambinushalle. Wir eruchen unsere Mitglieder, sowie die Mitglieder des Wasserportvereins um recht zahlreiche Beteiligung. Der Turnrat.

Burghof

Karl Wilhelmstr. Nr. 50

Narren-Sitzung

mit anschließendem Tanz. — Auftreten der berühmtesten Bitten-Medner von Deutschland und den umliegenden Ortschaften. — Beginn 6 11 Uhr.

Arbeiter! Werbet für Euerer Zeitung!

Verpflichtig. Ehepaar fuch. 2ob. 33immerwohng. gegen Abfindung od. Zuständigkeitsfrage ca. 2000 Mark. — Beginn 6 11 Uhr. d. Soltsfreundbüro erbeten

Palast-Sichtspiele
Herrenstr. 11 Telef. 2502
Ab heute:
Großer Doppel-Spielplan!
Nr. 1
Das Milliarden Souper
Eine Komödie in 5 Akten, nach der gleichnamigen Operette, bearbeitet von Franz Rauch.
In der Hauptrolle: **Ossi Oswald.**
Nr. 2
Der Evangelimann
Schauspiel in 6 Akten, nach der gleichnamigen Oper von Wilhelm Kienzl.
In den Hauptrollen: **Hanni Weisse - Paul Hartmann**
Anfang der einzelnen Vorstellungen um 4 Uhr, 6.30 Uhr und abends pünktlich 8.50 Uhr.

Die Inhaber der im Monat Juli unter Nr. 20179 bis mit Nummer 20197 ausgegebenen bezugnummern Planchetten werden hiermit aufgefordert, ihre Pländer bis spätestens 6. März 1925 anzuliefern oder die Planchetten zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pländer zur Verwertung gebracht werden. Karlsruhe, 20. Febr. 1925. Stadt. Planchettenkass.

Paßbilder
für Reise und Fahrkarten sofort
Offert-Photos
Billigste Preise
Photogr. Atelier **Rausch & Pester**
Erbsprinzenstr. 3

Pfannkuch
Feinster Indischer u. Chinesischer **TEE**
offen 1/4 Pfund von 90 Stk. an
Phanto- u. Mehmer-TEE
in den bekanntesten Packungen.
Garantierter reiner **Kakao**
1/2 Pfd. 70 Stk. an
Befand nach auswärts.
Pfannkuch